

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

58 (10.3.1914) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 s, vierteljährl. 2,25 M; abgeholt monatl. 65 s; am Postschalter 2,10 M, durch den Briefträger 2,52 M vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Graf & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

You are many, they are few.

You are many, the are few, eurer sind viele, ihrer sind wenige: Dieses schöne Wort hat Georg Herwegh dem Bundeslied als Motto vorangestellt, das er vor fünfzig Jahren für den allgemeinen deutschen Arbeiterverein gedichtet hat. In diesem berühmten Gedicht, das unter dem Namen seiner ersten Worte „Bet und arbeit“ sehr bekannt geworden ist, kommt auch die vielzitierte Strophe vor:

Mann der Arbeit, aufgewacht!
und erkenne deine Macht!
alle Räder stehen still,
wenn dein starker Arm es will.

Vor fünfzig Jahren haben unsere Gegner die Stärke der Arbeiterbewegung überschätzt und mit einigem Vergnügen ließ man aus jener Zeit, daß eine sinnlose Panik die bürgerliche Welt erfaßt hat, als im Jahre 1864 die Internationale Arbeiterassoziation in London gegründet wurde, die die erste geschichtliche Form der europäischen Arbeiterbewegung gewesen ist. Seitdem hat das kapitalistische Bürgertum zwar das Furcht vor der Arbeiterbewegung nicht verlernt, aber um noch einen andern Dichter zu nennen, ihm ergeht es jetzt so, wie Seine es gesagt hat:

Wenn die Kinder sind im Dunkeln
Wird bekommen ihr Gemüt,
Und um die Angst zu bannen,
Singen sie ein lautes Lied.

Hören wir dieses Lied nicht heute wieder lauter als je? In der bürgerlichen Presse wird zum tausendsten Male verkündet, daß die sozialdemokratische Bewegung zum Stillstand gekommen sei, daß die Arbeiterklasse nicht mehr vorwärts kommen könne. Diese Armen im Geiste sind schon zufrieden damit, wenn wir bei Nachwahlen nicht um Tausende, sondern nur um Hunderte Stimmen zunehmen, und sie sehen den Himmel voller Geigen hängen, wenn ihnen die Wirtschaftskrise soweit zu Hilfe kommt, daß sie den Nachschub unserer Organisationen vorübergehend hemmt. Wir sind ja zufrieden, wenn unsere Gegner unsere Macht unterschätzen, denn umso mehr können wir unserer Erfolge sicher sein; aber es wäre nichts fürchter, als wenn wir über dieses aus der Angst geborene laute Lied lächeln und im übrigen die Hände in den Schoß legen würden. Nein, nun er ist recht, hieß von jeher unsere Parole. Je größer die Widerstände sind, die wir auf unserem Wege finden, desto energischer wollen wir unsern Willen anspannen, um ihrer Herr zu werden. Darum war es ein vorrefflicher Gedanke der verantwortlichen Leitung der sozialdemokratischen Partei, daß sie eine Woche aus dem Vorfrühling dazu bestimmt hat, der Welt zu zeigen, daß die Arbeiterklasse soziallagen auch noch da ist.

Eurer sind viele, ihrer sind wenige: wie trefflich kennzeichnet dieser Spruch die Lage der arbeitenden Klasse und die Aufgaben, die sie zu erfüllen hat! Die erste Arbeit Ferdinand Lassalles, des großen Erweckers der Arbeiterklasse, war, daß er der werktätigen Bevölkerung zeigte, wie elend ihre Lage ist. Fünfzig Jahre sind darüber verstrichen, aber auch heute gibt es in Deutschland noch Millionen von Arbeitern, von Angehörigen der gewerblich und landwirtschaftlich tätigen Volksschicht, die da glauben, sie lebten herrlich und in Freuden, trotzdem es ihnen gottschämmerlich schlecht geht. Lassen wir zum Beweise dessen einige Zahlen sprechen. Die dem preussischen Landtage ausgearbeitete Uebersicht über die Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für Preußen für 1913, also eine amtliche Urkunde, enthält folgende Angaben: Von den Einzelsteuern und Haushaltungsvorständen wurden wegen zu geringen Einkommens (nicht über 900 M. jährlich) von der Steuer 8 086 473 Personen gänzlich befreit; das macht 50,5 oder mehr als die Hälfte aller Leute aus, die überhaupt Einkommen haben. Die Verteilung der Einkommen über 900 M. zeigt die folgende Aufstellung. Es hatten von je 100 aller Einzelsteuern und Haushaltungsvorständen Einkommen von mehr als

Einkommen	Anzahl
900 bis 3 000 Mark	40,52
3 500 " 6 500 "	3,73
6 500 " 9 500 "	0,62
9 500 " 30 500 "	0,66
30 500 " 100 000 "	0,14
100 000 " 500 000 "	0,03
500 000 " 1 000 000 "	0,002
über 1 000 000 "	0,001

Weider sagt diese Aufstellung nichts darüber, wie sich die Einkommen zwischen 900 und 3000 M. im einzelnen verteilen; es ist jedoch als sicher anzunehmen, daß der allergrößte Teil auf die Einkommen bis zu 1500 M. entfällt und daß nur ein ganz kleiner Teil der Steuerpflichtigen aus diesen Klassen bis zu einem Einkommen von 3000 M. steigt. Ueber 3000 M. Einkommen im Jahre haben im ganzen 5,183 der Steuerpflichtigen, nicht viel mehr als der zwanzigste Teil der Bevölkerung. Die Tatsache steht also fest, daß die halbe Einwohnerzahl Preußens, und in den anderen deutschen Bundesstaaten ist es

ebenso oder noch schlimmer, unter dem Existenzminimum lebt, und daß der allergrößte Teil der Bevölkerung ein rein proletarisches Dasein führt.

Sehen wir uns aber einmal die Reihenfolge der Medaille an. Nach einer Zusammenstellung, die der Regierungsrat Rudolf Martin in Nr. 29 der „National-Zeitung“ vom 4. Februar 1914 veröffentlichte, zahlen die höchsten Wehrbeiträge:

Name	Vermögen	Wehrbeitrag
Kaiser Wilhelm II.	394	24,2
Großherzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz	355	8
Frau Berta Krupp von Bohlen und Halbach	320	21
Guido Fürst Siedel von Donnersmard	290	14
Fürst Albert von Thurn und Taxis in Regensburg	270	5
Freifrau Math. verw. Wille von Rothschild geb. Frein von Rothschild in Frankfurt	163	3,8

Den höchsten Wehrbeitrag in Höhe von 8,8 Millionen Mark zahlt also Frau Berta Krupp von Bohlen und Halbach. Bei dem Vermögen des Fürsten Siedel von Donnersmard, der den zweitgrößten Wehrbeitrag im deutschen Reiche entrichtet, spielt der Grundbesitz keine ausschlaggebende Rolle. Fürst Albert von Thurn und Taxis hat nach dem „Jahrbuch der Millionäre in Bayern“ mehr als die Hälfte seines riesenhaften Grundbesitzes, der in Deutschland und Oesterreich zusammen 123 765 Hektar beträgt, im Auslande und braucht ihn daher nicht zum Wehrbeitrag zu versteuern. Aber die kleinere deutsche Hälfte seines Grundbesitzes ist bei weitem die wertvollste und hat einen Wert von immerhin 171 Millionen Mark, sodaß sein gesamtes deutsches Vermögen etwa 190 Millionen Mark beträgt. Nach dem Schätzungsverfahren der Deutschen Bank haben sein deutscher Forst (42 242 Hektar) einen Wert von 136 Millionen und seine deutschen Feldgüter (17 526 Hektar) einen Wert von 35 Millionen Mark, zusammen 171 Millionen Mark.

So schätzenswert es ist, daß die reichen Leute in Deutschland auch einmal zur Dedung der Seereslasten herangezogen worden sind, so sieht man doch an diesen Beispielen, die noch beliebig vermehrt werden können, daß bei ihnen der Wehrbeitrag nicht viel mehr als einen Kappenstiel ausmacht. Dagegen hat der kleine Teil der Besitzenden es bisher ausgesprochen verstanden, die Kosten für den Rüstungswahnsinn den nichtbesitzenden Teilen der Bevölkerung, in der Form der indirekten Steuern und der Wucherzölle, aufzulegen. Nur der starken Vertretung der Arbeiterklasse im Reichstage ist es zu danken, daß es bei der Dedung der Kosten für die jüngsten Rüstungsvorlagen im vorigen Jahre anders gekommen ist!

„Eurer sind viele, ihrer sind wenige!“ Das wissen die bestehenden Klassen ganz genau und darum tun sie alles, um bei den 95 Prozent der Besitzlosen die Erkenntnis nicht aufkommen zu lassen, daß es nur ihres geeinten Willens bedarf, um die Verhältnisse nach ihren Wünschen zu gestalten. Darum predigen die 5 Prozent den 95 Prozent, daß die heutige Gesellschaftsordnung „göttlich“ sei, daß es immer Reiche und Arme gegeben habe, daß „Snedet knecht bleiben“ müsse. Erst in diesen Tagen hat der französische Bischof Tissier, der in Chalons sur Marne seine Residenz hat, einen Pastoralbrief erlassen, der sich gegen die Feste und Schlemmereien richtet, die bei der Arbeiterklasse (?) eingerissen seien. Jawohl, bei der Arbeiterklasse! Bedürfnislos sollen wir 95 Prozent bleiben, damit die 5 Prozent der Besitzenden ihre großen Bedürfnisse umso besser befriedigen können.

Wir predigen keinen Haß gegen die Reichen, wohl aber wollen wir, daß die vielen, die des Lebens Freuden nur in geringem Ausmaße kennen lernen, zur Erkenntnis ihrer Lage kommen, sich unserer großen Bewegung anschließen und mit uns vereint an der Neugestaltung unseres gesamten Daseins arbeiten. Das ist auch der Sinn der roten Woche. Sie soll der Stärkung der sozialdemokratischen Organisation, der Erweckung der Frauen, der Vergrößerung der Leser für die sozialdemokratische Presse dienen. Die wenigen 5 Prozent beherrschen alle wirtschaftlichen und politischen Machtmittel, den vielen 95 Prozent kann nur geholfen werden, wenn sie sich selbst helfen. Und kein besseres Mittel für die werktätige Bevölkerung gibt es, um dem heute noch bestehenden traurigen Los zu entkommen, als für die weiteste Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu sorgen, und ebenso für den Ausbau der sozialdemokratischen Organisation.

Wir hoffen zuversichtlich, daß die rote Woche die Arbeiterkraft auf dem Kosten finden wird. Die Vielen müssen durch ihre Taten zeigen, daß sie es müde sind, sich durch die Wenigen beherrschen und ausbeuten zu lassen!

Was fordert die Frau?

Noch immer ist die Frau in Deutschland politisch vollkommen rechtlos, noch immer steht sie, wenn von politischen Rechten die Rede ist, weit, weit unter dem Mann, auf einer Stufe mit Unmündigen und Idioten. Nur bei den Pflichten, die der Staat von ihr verlangt, ist sie plötzlich gleichberechtigt mit dem Manne. Diese ungerechte und auch völlig unhaltbare Zurücksetzung wollen die Frauen nicht mehr ruhig ertragen. Sie verlangen die völlige Gleichberechtigung mit dem Manne. Dazu gehört in erster Linie

das aktive und passive Wahlrecht

- zu allen Körperschaften der Gesetzgebung, Verwaltung und sozialen Rechtsprechung. Weiter fordern die Frauen:
 - Ausgestaltung des Arbeiterschutzes.
 - Maximalarbeitszeit von 8 Stunden.
 - Verbot aller Erwerbsarbeit für Kinder.
 - Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche und Frauen.
 - Verbot der Frauenarbeit in besonders gesundheitsgefährlichen Industrien.
 - Einführung des freien Samstagnachmittags.
 - Verbot der Sonntagsarbeit.
 - Einführung von Ferien.
 - Festsetzung von Minimallohnen für die Heimarbeiterrinnen.
 - Errichtung von Betriebsstätten.
 - Errichtung von Stillstuben in den Fabriken.
 - Verbesserung der Gewerbeaufsicht und Mitwirkung der Arbeiterinnen dabei.
 - Ausbau der Kranken-, Unfall-, und Invaliditätsversicherung.
 - Freies Vereins- und Versammlungsrecht für alle Frauen.
 - Abkündigung der Lebensmittelzölle.
 - Abkündigung aller indirekten Steuern.
 - Schaffung gesunder und billiger Wohnungen durch die Gemeinden.
 - Ausreichende Mutterschaftsversicherung.
 - Unterstützung in Höhe des verdienten Lohnes, mindestens 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung.
 - Kostenlose obligatorische Hebammen- und Krankenhilfe.
 - Einführung und Ausbau der Säuglingsfürsorge.
 - Kleinkinderfürsorge.
 - Ausbau des Schulartzsystems.
 - Einführung der Schulpeinigung.
 - Aufhebung der Klaffenschule.
 - Einführung der Einheitschule.
 - Kostenloser Schulbesuch bis hinauf zu den Universitäten.
 - Freiheit der Lehrmittel.
 - Schulbesuch nach der Begabung, nicht nach dem Einkommen der Eltern.
 - Trennung von Schule und Kirche.
 - Einführung der Arbeitsschule.
- Außer diesen Forderungen erhebt die Frau noch eine große Reihe anderer. Zunächst sind es aber allgemeine Forderungen der Sozialdemokratie. Es erübrigt sich, sie als besondere Forderungen der Frauen herauszustellen. Wollen die Frauen ihre Forderungen durchsetzen, dann müssen sie auch dafür kämpfen und ihre ganze Kraft dafür einsetzen. Dann müssen sie auch die Schär der Kämpfer für die

Gleichberechtigung der Frau

vermehrten helfen, durch Eintritt in die sozialdemokratische Parteiorganisation.

Unser frauentag.

Der internationale Frauentag ist nach allen Nachrichten, die bisher vorliegen, überall glänzend verlaufen. Weit mehr als beim letztenmal waren Versammlungen anberaumt und alle Versammlungen waren überfüllt — ein Beweis, daß die Frauen voll erwacht und sich des unbeugsamen Willens bewußt sind, nicht zu ruhen, bis sie das Frauenwahlrecht errungen haben. Ein einziger gewaltiger Schrei nach Recht läute aus all diesen Versammlungen, ein Schrei der Rechtlosen, so machtvoll und gebieterisch, daß sich die Herrschenden auf die Dauer der Forderung der Frauen nicht werden entziehen können. Wohl ist hier und da versucht worden, das alte Rezept der Reaktion: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ in modernisierter Auflage: „Gegen die Entrechteten hilft die Polizei“ anzuwenden. Man gewahrte neben zurückhaltendem verständigem Benehmen der Behörden auch Massenaufgebote der Polizei; in Berlin z. B. partouillierten schon um 1 Uhr — die Versammlungen begannen um 2 Uhr — größere Trupps berittener Schutzleute und vor einzelnen Lokalen standen ganze Abteilungen, gerüstet mit dem umgeschmalteten Revolver und bereit, dem Ansturm der Frauen zu begegnen. Aber mit Ausnahme von einigen Verhaftungen fand die Polizei keine Möglichkeit, sich zu betätigen. Mit Polizeimacht ist eben eine Bewegung, die das Volk bis in seine Tiefen aufrüttelt, nicht aufzuhalten, und lächerlich wirkt es vollends, wenn die Polizei in ihrer Ohnmacht ihre Kampfeslust an Plakaten ausstößt. Der Berliner Polizeipräsident Dr. jur. v. Jagow, der talentvolle Schildknappe der Zoberner Offiziere, fand bei

reiten
n
men-Putz,
esse besch-
arbenötige,
bis zum
Gepräge,
reisen
ch
e Vorteile
7759
m
licher Sorten
bleindrücker
Saar von 60 s
aufwärts, von
n 40 s an
und Flecke bei
Klemm
Hauptstraße 90,
Bahnhofstraße
uch & C
hlag!
inder
raut
20 s
nkohl
15 und
7 s
ffeln
15 s
15 s
Malta
30 s
95 s
ch & C
H.
nnen
Gien.

all seinem juristischen Scharfsinn kein anderes Mittel gegen den Frauentag, als das Verbot des Anschlags der Versammlungsplakate an den Säulen, und er übertrumpfte diese Tat noch dadurch, daß er auch den Ausschlag von Plakaten in den Läden und Gastwirtschaften verbot, in denen aufgefördert wird, den sozialdemokratischen Organisationen beizutreten und den „Vorwärts“ zu abonnieren. Und der Erfolg: der Andrang zu den Versammlungen verstärkte sich derart, daß fast alle Lokale abgesperrt werden mußten. Insgesamt über 30 000 Frauen haben an der Groß-Berliner Demonstration für das Frauenwahlrecht teilgenommen. Es waren in Groß-Berlin im ganzen 46 Versammlungen angelegt, 35 davon fielen auf die Landkreise, 11 auf die Stadt Berlin. In Berlin waren zum Teil die größten Säle gewählt worden. Trotzdem und obwohl aus den meisten die Tische entfernt wurden, reichten sie nicht aus, die Massen aufzunehmen. Wo es ging, wurden Doppelversammlungen abgehalten, in anderen Fällen harrten die Ausgesperrten auf der Straße, bis die Versammlung ihr Ende erreichte. Es herrschte überall begeisterte Stimmung und die unten folgende Resolution wurde durchgängig einstimmig angenommen. Die Frauen waren schon in geschlossenem Zuge zu den Versammlungen marschiert. Nach Schluß der Versammlungen bildeten sich an einigen größeren Lokalen wieder Züge, denen die Polizei, sofern sie sich der inneren Stadt zuwenden wollten, durch Abperrung der Straßen entgegentrat. Es fiel den Frauen nicht ein, sich mit der Polizei anzulegen, und so nahm auch die Straßendemonstration im großen ganzen eine ruhigen Verlauf. Einige Hochrufer wurden verhaftet.

Die Resolution, die in Groß-Berlin zur Annahme gelangte, hat folgenden Wortlaut:

„Die gewaltige Entwicklung des Kapitalismus enthält in immer stärkerer Maße seinen beutegierigen Charakter und treibt die Arbeiterklasse in immer schwerer und schärfer werdende Kämpfe. Angesichts dieser Tatsache empfinden die Frauen der Arbeiter um so tiefer das bittere Unrecht, und die brennende Schmach, als politische Waffenlose inmitten dieser Kämpfe zu stehen. Besonders auf ihre Leistungen im kapitalistischen Arbeitsprozeß, auf ihre opfervolle Pflichterfüllung der Mutterpflicht und ihr häusliches Walten, fordern sie ihr volles Bürgerrecht: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime aktive und passive Wahlrecht für alle Staatsbürger vom vollendeten 20. Lebensjahre an für sämtliche geschlechts- und verwaltungsständischen Kategorien.“

Die Frauen sind sich bewußt, daß das Wahlrecht eine unentbehrliche Waffe für sie ist, eine Waffe im Kampfe um Reformen und in dem Ringen um politische Macht zum Zwecke der Beseitigung der Klassenunterschiede und der Sozialisierung der Gesellschaft.

Durch den Sozialismus ist allein die Befreiung der Frau möglich. Die Sozialdemokratie ist die einzige politische Partei, die grundsätzlich und energisch die Gleichberechtigung der Frauen fordert und für sie kämpft. Die Frauen verpflichten deshalb, den Kampf um ihr Recht mit verstärkter Kraft und glühender Hingabe in den Reihen der Sozialdemokratie weiter zu führen.

Sie verpflichten ferner, neuemütlich und jede Gelegenheit nutzend, für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen und für die Stärkung der sozialdemokratischen Organisationen wirken zu wollen.“

Ueber den Verlauf des Frauentages im Reich liegen folgende Nachrichten vor:

Königsberg i. Pr.: Die Versammlung war von 2000 Personen besucht und verlief ohne Zwischenfall.

Danzig: Wegen einer Bildungsveranstaltung fand die Frauentagdemostration schon am Freitag statt. 400 Frauen nahmen daran teil. Es wurden 30 Aufnahmen in die Organisation, 20 Wonnentexte für das Parteiblatt gemacht.

Kiel: Im Wahlkreis Kiel-Neumünster fanden 15 Frauenversammlungen statt, die alle gut besucht waren. Vier Versammlungen davon tagten in Kiel, die etwa 2000 Teilnehmer aufwiesen. Die Resolution für das Frauenwahlrecht wurde überall angenommen.

Lübeck: An der Versammlung nahmen 2000 Frauen teil. Die Hausagitation brachte bis Sonntag 500 Neuaufnahmen in die Organisation.

Münster: In Münster fand eine Frauenversammlung statt, die 800 Besucherinnen zählte; weitere Versammlungen wurden abgehalten in Oldenburg, Delmenhorst, Emswarden, Nordenham und Leer. Auch diese Versammlungen waren durchgängig gut besucht.

Hannover: Es fanden zwei Versammlungen statt, die insgesamt von 4000-5000 Personen besucht waren, darunter die

Mehrzahl Frauen. Zahlreiche Aufnahmen für den Wahlverein fanden statt und viele Wonnentexte für den „Vorwärts“ wurden gewonnen. Die Polizei hatte eine außergewöhnliche Macht aufgebaut; die Massen brachen aber lebhaft in ein stürmisches Gelächter aus, als sie die Menge Polizisten sahen.

Wiesbaden: Im Wahlkreis Wiesbaden-Gerford fanden insgesamt 18 Versammlungen statt, die von 2500 Frauen und Mädchen besucht waren.

Magdeburg: Der Frauentag nahm einen eindrucksvollen Verlauf. In größeren Kruppen zogen die Genossinnen der einzelnen Vororte nach dem Versammlungsort und gaben dem Straßenbild ein besonderes Gepräge. Die Versammlung war von annähernd 2000 Frauen besucht.

Kottbus: Der Frauentag brachte bisher als Teilergebnis 180 Wonnentexte und 100 Mitglieder.

Gera-Neustadt: Der Frauentag war von über 500 Frauen besucht.

Leipzig: Die Frauenversammlung war von circa 300 Frauen besucht. Der Verlauf war ein stimmungsvoller und begeisterter, jedoch er zu der Hoffnung berechtigt, daß die rote Woche uns große Erfolge bringt.

Bielefeld: Am Frauentag nahmen 1000 Personen teil. Es wurden eine große Anzahl Neuaufnahmen gemacht.

Dortmund: Im Wahlkreis Dortmund fanden 18 Versammlungen statt, die leider von ungünstigem Wetter sehr beeinträchtigt wurden.

Elberfeld: In Elberfeld und Barmen fanden zwei Versammlungen statt, die einen vorzüglichen Verlauf nahmen. Im Wahlkreis Hagen-Schwelm fanden Versammlungen statt: in Hagen, Nevelsdorf und Schwelm; weiter in Remscheid, woran sich auch Genossinnen aus Barmelskirchen, Monsdorf und den umliegenden Orten beteiligten. Eine weitere Versammlung tagte in Velbert. Im Wahlkreis Altena-Herlorn waren sechs Versammlungen einberufen.

Chemnitz: Drei Frauenversammlungen in der Stadt waren überfüllt. Die Versammlungen in der Umgebung zeigten durchgängig ebenfalls guten Besuch.

Bremerhaven: Der Frauentag an der Unterweser hatte eine Beteiligung von circa 1200 Personen. Als Vorarbeit für die rote Woche wurden 25 000 Flugblätter für die Frauen und ebensoviel für die Männer ausgeteilt, sowie die „Volksstimme“ im Umfang von 40 Seiten in 8000 Exemplaren ausgeteilt. In der Frauenversammlung wurden 100 Aufnahmen gemacht.

Augsburg: Die Frauenversammlung hier wie in Bielefeld war überfüllt, der Verlauf ein durchaus guter, der zu den besten Leistungen für die rote Woche berechtigt.

Dresden: Es fanden 5 Versammlungen statt, die von circa 4000 Personen, meist Frauen, besucht waren. Der Besuch war ein wesentlich stärkerer als das letzte Mal. Zwischenfälle kamen nicht vor, nur eine Genossin wurde notiert; in allen Versammlungen wurden viele Neuaufnahmen gemacht.

Jittau: Die Versammlung war stärker besucht als im Vorjahre. Im ersten sächsischen Reichstagswahlkreis wurden in den letzten Tagen über 100 Frauen in die Organisation aufgenommen.

Essen: Die Versammlung war trotz des strömenden Regens und trotzdem das Lokal am äußersten Ende der Stadt lag, sehr gut besucht. Der erste Tag der roten Woche läßt auf gute Erfolge schließen.

München: Der Frauentag wurde durch neun überaus stark besuchte Versammlungen begangen. Die Resolution, die das Frauenwahlrecht fordert, wurde überall einstimmig angenommen. Die Versammlungen bilden eine prächtige Einleitung zu der roten Woche.

Nürnberg: Eine Frauenversammlung in Fürth, die am Samstagabend bei strömendem Regen stattfand, war von circa 400 Personen besucht. In Neudorf bei Lauf fand am Sonntag eine von 150 Personen besuchte Frauenversammlung statt. In beiden Versammlungen wurden zahlreiche Neuaufnahmen gemacht. In Nürnberg selbst werden am Montagabend 11 Versammlungen abgehalten.

Wuppertal: Im 10. württembergischen Kreis fanden Versammlungen statt in Wuppertal, Gmünd, Schorndorf. Alle Versammlungen waren überfüllt.

Worms: 8. März. Zu einer imposanten Kundgebung gegen den Militarismus gestaltete sich die gestern Abend in den städtischen Saalbau einberufene Volksversammlung. Kopf an

Kopf drängte sich sowohl im Saal wie auf der Gasse die Menge. Viele mußten mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Die Rednerin Rosa Luxemburg wurde mit stürmischer Begeisterung empfangen. Die Versammlung war stark von der Polizei überwacht.

Freiburg, 9. März. In einer glänzenden Versammlung von 4000 Männern und Frauen referierte am Samstagabend Frau Dr. Rosa Luxemburg in der Festhalle. Die Versammlung war polizeilich überwacht. An der interessantesten Diskussion beteiligten sich Gen. Engler sowie der Schriftsteller Sammerichlag.

Der Frauentag in Oesterreich.

Wien: Wie alljährlich wurde der Frauentag auch diesmal von den sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs freudig und machtvoll begangen. Von der deutschen Partei wurden diesmal in allen Ländern Frauenversammlungen veranstaltet. In Wien, wo man sich sonst mit einer großen zentralen Versammlung begnügt, wurden diesmal 13 abgehalten. Es sprachen durchgängig sozialdemokratische Abgeordnete und Gemeinderäte; in 4 Versammlungen nahmen auch Frauen das Wort, um für den bürgerlichen Stimmrechtsverein eine Solidaritätserklärung mit dem Kampf der Arbeiterinnen um das Frauenwahlrecht zu bekräftigen. — In diesem Sonntag hatte auch die Wahl zu einer kaufmännischen Angestelltenkammer stattgefunden. Die Wählerinnen benutzten die Gelegenheit, in geschlossenen Zügen zum Wahllokal zu marschieren.

Im übrigen Niederösterreich wurden 34, in Oberösterreich 7, in Salzburg 6, in Steiermark 33, in Kärnten 9, in Böhmen 3, in Böhmen 31, in Wälschen 17 und in Schlesien 12 Versammlungen zusammen, in denen überall die folgende Resolution Annahme fand:

„In unserer schwersten Zeit verarmen sich die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen zur Erhebung der Forderung nach politischer Gleichberechtigung. Eine furchtbare Krise erschüttert das Wirtschaftsgefüge; die Wunden, die die Kriegszustände geschlagen haben, sind noch nicht geheilt, und zu ihnen gesellt sich die Arbeitslosigkeit.“

„Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, beschleunigte Verelendung sind die Begleiterscheinungen dieses Zustandes. Die Frauen sind in dieser Zeit die Erhalter der Familien. Die unverminderte Verarmung der Lebensmittel und Wohnungen steigert die Not, steigert die Sorgen. Die so schwer belästigten Frauen aber, die als Arbeiterinnen und Mütter schwerste Pflichten zu erfüllen haben, sind rechtlos. Es ist ihnen verweigert, im Reichstag, im Landtage oder in der Gemeinde ihre Stimme zur Vertretung ihrer und ihrer Kinder Interessen zu erheben. Mit Empörung erfüllt es die Frauen und Mädchen Oesterreichs, daß es angesichts der schweren Krisen, die den Frauen auferlegt sind, von den herrschenden Parteien in den Landtagen und Gemeinden gezwungen wurde, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vorzunehmen, ohne auch nur den Versuch zu machen, den Frauen das gleiche Recht zu geben. Die arbeitenden Frauen und Mädchen stellen fest, daß es immer nur die Vertreter der Sozialdemokratie sind, die den Anspruch der Frauen auf politische Gleichberechtigung vertreten.“

Die beim vierten internationalen Frauentag versammelten Frauen und Mädchen erheben aufs neue energisch und nachdrücklich die Forderung an Reich, Land und Gemeinde nach Einführung des allgemeinen aktiven und passiven Frauenwahlrechts und geloben, unter dem Banner der Sozialdemokratie sich zu sammeln zu gemeinsamer Kampfe gegen die Unterdrückung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.“

Die Manifestation der tschecho-slawischen Sozialdemokratie: Die tschecho-slawische sozialdemokratische Arbeiterpartei hielt in Prag im Hotel Central eine Frauenversammlung ab. Der Abgeordnete Konec und die Genossinnen Machova, Redakteurin der Frauenzeitschrift „Roket“ sprachen. Außerdem fanden in Wälschen noch 38 Frauenversammlungen statt. Erwähnenswert sind insbesondere die Versammlungen in Bilsen, Brüx, Bodenbach, Rauen, Mladno, Tabor, Nimburg, Beraun, Jungbunzlau, Königgrätz usw.

Prag: In Wälschen wurden am Frauentag 20 Versammlungen abgehalten, die außerordentlich gut besucht waren. Die Demonstration in Brüx selbst war außerordentlich eindrucksvoll, der größte Saal der Stadt war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Genossin Luxemburg wurde ein Telegramm geschickt.

Der Frauentag in der Schweiz.

Am Frauentag nahmen 29 Städte teil. Die Gesamtheit der Teilnehmerinnen betrug 4000. So waren in den Versammlungen anwesend: in Zürich 400, in Basel 600, in Bern 400, in Genf 600. Alle Versammlungen waren trotz der schlech-

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt.
25 Humoreske von Heinrich Büchhoff.
(Fortsetzung.)

„Frau Baronin,“ sagte die Tante mit einem Ton und Blick voll Ernstes, wie Suschen nie an ihr gesehen, „vermutlich haben Sie gut gefunden, hinter dem Rücken Ihrer Mutter Schwester, Ihrer wahren Mutter, einen Roman zu spielen. Vermutlich hat mein dienstgefälliger Herr Bruder Ihnen dazu, für ein Abendbrot, hilfreiche Hand geboten. Ich bekenne, Ihre Versicherungen sind für mich ebenso befremdend, als beugend. Gestattet Ihnen Ihre Religion, und Ihr Begriff von Dankbarkeit, mit mir, wie mit einem Kinde zu spielen — wie Sie wollen. Sie sind Ihre eigene Herrin. Opfern Sie immerhin Ihre und Lehre Ihrer zweiten Mutter für einen fremden Menschen auf, der Sie erst vor der Welt entehrte, Sie zum gemeinen Gastmädchen, Ihren Sohn zum Bastard, mich zu einer Art Kuppelerin machte, dann vielleicht die Luft bekam, seine zerrütteten Finanzen wieder durch Ihr Vermögen herzustellen. Ein anderes Mädchen von gutem Hause würde Bedenken getragen haben, ihm die Hand zu geben. Für Sie, Gott sei geklagt, ist er gut genug. — Also tun Sie, wie Ihnen beliebt, falls die Richter sich gefallen lassen, von Ihnen zum Besten gehalten zu werden. Ich werde meine Grundsätze nie verleugnen, und beweisen, daß mir Ihre teurer, als alles ist.“

Sie sagte es und wollte sich entfernen. Aber Suschen, voll tiefen, kindlichen Schmerzes, schrie laut auf, und warf sich ihr klagend entgegen an die Brust: „Nein, das sagt meine einzige, teure Tante, das sagt meine liebe Mutter nicht.“

„Ich sagte es. — Ich werde es sagen. Gefällt es dir, unsere Ehre aufzuopfern, so fragst du wenig nach meiner Liebe. Willst du dich nicht vom Baron trennen, so läßt du mich fahren.“

„Aber Tantchen, er ist edler, als Sie denken. Er ist

der Vater meines Kindes, er ist mein Mann, der mich liebt — Tantchen, Tantchen, den ich unaussprechlich liebe.“

„Ich wünsche alles Glück, Frau Baronin; hätten Sie mir dies Geheimnis nur drei Tage nach der Hochzeit offenbart.“

„Tantchen, wollen Sie mich unglücklich machen durch diesen fremden, schrecklichen Ton?“

„Wie kannst du unglücklich sein durch mich, wenn dich der Räuber unserer Ehre, unser Hausfriedens beglückt? Lasse dich durch ihn für meine Benichtigkeit entschädigen.“

„Halt!“ rief der Herr, dem endlich bei Tantchens Ton und Suschens Leiden das Herz brach: „Halt ein, Suschen! du hast kaum Mut genug, die Liebe einer hartberzigen Tante für die Liebe eines braven Mannes aufzuopfern; aber Tantchen opfert dein Glück und deine Liebe ohne anders für eine Grille ihres ehrgeizigen Eigensinnes auf. Es ist ihr mehr um sich, als um dich zu tun. Dein Glück mußte ihrer Eitelkeit nur den Namen leihen. Drum halt ein, Suschen, mit deinem Jammern. Gehe hin, Gott segne dich! Das Weib soll Vater und Mutter verlassen des Mannes willen, um wieviel mehr eine Tante? Gehe hin, Suschen, wohin dich Gott und Natur rufen — und Gott segne dich!“

Tantchen Rosmarin erichraf ob der Rede ihres Bruders; denn er sprach mit einer Seltigkeit, deren sie ihn nie fähig gehalten haben würde.

„Herr Herr,“ sagte sie mit angenommener Hoheit, „deine Trauungsreden spare für die Kirche auf, aber ich verbitte sie mir in meinem Zimmer.“

„Nein, Tantchen, hier gehören sie her, und du mußt sie hören! Schlimm genug, daß ihr Leute gewohnt seid, den Gottestempel nur zum Schanzspielhaus zu machen, wo ihr bald Zuschauer, bald Mitspieler seid, aber draußen wieder euer Wesen treibt, als wäre außer der Kirche keine Religion nötig. — Du hast Unrecht, Tantchen, gehe in dich. Lasse Suschen gewähren. Lerne den Baron kennen und ihn verstehen. Er ist ein Ehrenmann.“

Die Tante wandte sich mit Gleichgültigkeit von ihrem Bruder ab, und sagte: „Suschen, ich hoffe zu dir, du werdest vernünftig sein, und meinem Rat folgen. Ich bin zu alt, meine Grundsätze nach deinen Mädchenlaunen zu ändern. Dies ist mein Ultimatum. Künftig nie wieder zwischen uns über so etwas weiter eine Silbe. Hörst du?“

Und damit verließ die Tante das Zimmer; der Herr Pfarrer begleitete Suschen auf das ihrige. Er wollte sie trösten. Aber sie war ruhig. Die letzten Worte der Tante hatten eine Verwandlung in ihr hervorgerufen, die das Gegenüber von dem war, was Tantchen beabsichtigt hatte.

„Ich bin gefaßt, zu allem gefaßt!“ sagte Suschen: „Ich sehe es ein, die Tante weicht von ihrem Willen nicht; dieser Wille macht mich, mein Kind und den Baron unglücklich. Ich bin in dem Alter, da ich über mich zu entscheiden habe. Ich habe nicht zu entscheiden; die Pflichten gegen mein Kind und gegen den Frieden meiner künftigen Tage haben entschieden.“

„Vernünftig gesprochen, Suschen!“ rief der Herr Pfarrer: „Gehe zu deinem Mann. Die Tante mit ihren eierernen Grundsätzen kommt herin, ehe der Winter verstreicht.“ (Schluß folgt.)

dest vernünftig sein, und meinem Rat folgen. Ich bin zu alt, meine Grundsätze nach deinen Mädchenlaunen zu ändern. Dies ist mein Ultimatum. Künftig nie wieder zwischen uns über so etwas weiter eine Silbe. Hörst du?“

Und damit verließ die Tante das Zimmer; der Herr Pfarrer begleitete Suschen auf das ihrige. Er wollte sie trösten. Aber sie war ruhig. Die letzten Worte der Tante hatten eine Verwandlung in ihr hervorgerufen, die das Gegenüber von dem war, was Tantchen beabsichtigt hatte.

„Ich bin gefaßt, zu allem gefaßt!“ sagte Suschen: „Ich sehe es ein, die Tante weicht von ihrem Willen nicht; dieser Wille macht mich, mein Kind und den Baron unglücklich. Ich bin in dem Alter, da ich über mich zu entscheiden habe. Ich habe nicht zu entscheiden; die Pflichten gegen mein Kind und gegen den Frieden meiner künftigen Tage haben entschieden.“

„Vernünftig gesprochen, Suschen!“ rief der Herr Pfarrer: „Gehe zu deinem Mann. Die Tante mit ihren eierernen Grundsätzen kommt herin, ehe der Winter verstreicht.“ (Schluß folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Dienstag, 10. März. B. 43. „Der Barbier von Bagdad“, Kom. Oper in 2 Akten von Cornelius. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende nach 10 1/2 Uhr.

Mittwoch, 11. März. 4. Sinfoniekonzert des Hoforchesters. Solist Fritz Wobersberger; Kl. Kammeränger von München unter Mitwirkung von Therese Müller-Weißel. Programm: Zum erstenmal Sinfonie Nr. 4 G-dur von Mahler; zum erstenmal: Vier Gesänge für Bariton mit Orchester von Verklitz; Sinfonie Nr. 5 C-moll von Beethoven. Anfang 8 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr.

Donnerstag, 12. März. C. 43. „Rur Rube!“ Fosse in 3 Akten von Nestroy, neu bearbeitet von Pirinaci, Musik von Wenzel Müller. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr.

Freitag, 13. März. A. 44. Zum erstenmale: „Polenblut“, Operette in 3 Akten von Leo Stein, Musik von Oskar Stedda. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende gegen 11 1/2 Uhr.

Sonntag, 14. März. B. 44. „Jedermann“, das Spiel vom Sterben des reichen Mannes, erneuert von Eugen Hoffmannsthal. Anfang 8 Uhr, Ende nach 10 1/2 Uhr.

ten Bl...
aus un...

Am...
halten...
füllig...
gum...

Bo...
der So...
Nieder...
der Not...
sich sp...
die Hän...
seit des...
daß er i...
läßt. A...
niedrig...
eine Fr...
weshalb...
dort vor...

fordert...
gegenwä...
die Ein...
nicht ab...

Der...
4. Stra...
mer, vor...
wurde, i...
worten.
Korwär...
Artikel n...
Der Ab...
der Regi...
Gusarum...
Nach...
Staatsan...
Ausschlu...
wollt Dr...
eruchte i...
sollte, de...
lassen, de...
die Def...
Stöbel...
Presse m...
Es w...
und der...
der Ange...
auch tech...
halt des...
trugte ge...
Berteidig...
Nach...
bete der...
infrimim...
mensbef...
das Lang...
darin ein...
Gerichtsh...
gehören...
halten.
er ist ab...
der Stra...
flage na...
anderer...
schwere...
in Betrac...
nan erich...
Deshalb...
strobe erf...
von d r...

Schwe...
Ein a...
hemmer...
der einno...
ter“ mitt...
turn), m...
schaft lieg...
eine sozia...
der Arbeit...
Stigma der...
schwierig...
mit glaub...
mäßig des...
gemeinbe...
Bewahren...
der unier...
sagen.
Der Frau...
mißdere...
Balt's v...
lasse ich...
schrieb er...
Freien B...
jung. A...
Pfarrer o...
trag zur...
memoral...
Stich, bes...
bei der im...
berwacht...
weitzüh...
die Hälfte...
Gemeinde...

der Ange...
auch tech...
halt des...
trugte ge...
Berteidig...
Nach...
bete der...
infrimim...
mensbef...
das Lang...
darin ein...
Gerichtsh...
gehören...
halten.
er ist ab...
der Stra...
flage na...
anderer...
schwere...
in Betrac...
nan erich...
Deshalb...
strobe erf...
von d r...

Schwe...
Ein a...
hemmer...
der einno...
ter“ mitt...
turn), m...
schaft lieg...
eine sozia...
der Arbeit...
Stigma der...
schwierig...
mit glaub...
mäßig des...
gemeinbe...
Bewahren...
der unier...
sagen.
Der Frau...
mißdere...
Balt's v...
lasse ich...
schrieb er...
Freien B...
jung. A...
Pfarrer o...
trag zur...
memoral...
Stich, bes...
bei der im...
berwacht...
weitzüh...
die Hälfte...
Gemeinde...

der Ange...
auch tech...
halt des...
trugte ge...
Berteidig...
Nach...
bete der...
infrimim...
mensbef...
das Lang...
darin ein...
Gerichtsh...
gehören...
halten.
er ist ab...
der Stra...
flage na...
anderer...
schwere...
in Betrac...
nan erich...
Deshalb...
strobe erf...
von d r...

Schwe...
Ein a...
hemmer...
der einno...
ter“ mitt...
turn), m...
schaft lieg...
eine sozia...
der Arbeit...
Stigma der...
schwierig...
mit glaub...
mäßig des...
gemeinbe...
Bewahren...
der unier...
sagen.
Der Frau...
mißdere...
Balt's v...
lasse ich...
schrieb er...
Freien B...
jung. A...
Pfarrer o...
trag zur...
memoral...
Stich, bes...
bei der im...
berwacht...
weitzüh...
die Hälfte...
Gemeinde...

der Ange...
auch tech...
halt des...
trugte ge...
Berteidig...
Nach...
bete der...
infrimim...
mensbef...
das Lang...
darin ein...
Gerichtsh...
gehören...
halten.
er ist ab...
der Stra...
flage na...
anderer...
schwere...
in Betrac...
nan erich...
Deshalb...
strobe erf...
von d r...

Schwe...
Ein a...
hemmer...
der einno...
ter“ mitt...
turn), m...
schaft lieg...
eine sozia...
der Arbeit...
Stigma der...
schwierig...
mit glaub...
mäßig des...
gemeinbe...
Bewahren...
der unier...
sagen.
Der Frau...
mißdere...
Balt's v...
lasse ich...
schrieb er...
Freien B...
jung. A...
Pfarrer o...
trag zur...
memoral...
Stich, bes...
bei der im...
berwacht...
weitzüh...
die Hälfte...
Gemeinde...

der Ange...
auch tech...
halt des...
trugte ge...
Berteidig...
Nach...
bete der...
infrimim...
mensbef...
das Lang...
darin ein...
Gerichtsh...
gehören...
halten.
er ist ab...
der Stra...
flage na...
anderer...
schwere...
in Betrac...
nan erich...
Deshalb...
strobe erf...
von d r...

Schwe...
Ein a...
hemmer...
der einno...
ter“ mitt...
turn), m...
schaft lieg...
eine sozia...
der Arbeit...
Stigma der...
schwierig...
mit glaub...
mäßig des...
gemeinbe...
Bewahren...
der unier...
sagen.
Der Frau...
mißdere...
Balt's v...
lasse ich...
schrieb er...
Freien B...
jung. A...
Pfarrer o...
trag zur...
memoral...
Stich, bes...
bei der im...
berwacht...
weitzüh...
die Hälfte...
Gemeinde...

der Ange...
auch tech...
halt des...
trugte ge...
Berteidig...
Nach...
bete der...
infrimim...
mensbef...
das Lang...
darin ein...
Gerichtsh...
gehören...
halten.
er ist ab...
der Stra...
flage na...
anderer...
schwere...
in Betrac...
nan erich...
Deshalb...
strobe erf...
von d r...

Schwe...
Ein a...
hemmer...
der einno...
ter“ mitt...
turn), m...
schaft lieg...
eine sozia...
der Arbeit...
Stigma der...
schwierig...
mit glaub...
mäßig des...
gemeinbe...
Bewahren...
der unier...
sagen.
Der Frau...
mißdere...
Balt's v...
lasse ich...
schrieb er...
Freien B...
jung. A...
Pfarrer o...
trag zur...
memoral...
Stich, bes...
bei der im...
berwacht...
weitzüh...
die Hälfte...
Gemeinde...

ten Witterung gut besucht. Die Resolution enthält überall die Forderung des Frauenwahlrechts, des Mutter- und Kinderzuschusses, spricht ihre Sympathie mit der Genossin Luxemburg aus und erhebt Protest gegen die Klassenjustiz.

Der Frauentag in Holland.

Im ganzen Lande wurden über 70 Versammlungen abgehalten. In Amsterdam sullen die Straßenzüge unter großem Aufsehen. Die Versammlung im großen Volkspalast war überfüllt. In den Versammlungen sprachen meist Frauen, wie auch zum Teil Männer amwesend waren.

Deutsche Politik.

Der Reichsverband gegen die Rote Woche.

Wo alles schimpft, da darf der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nicht fehlen, und so haben sich seine Mitglieder entschlossen, ein Flugblatt herzustellen, das sich mit der roten Woche befaßt. Dieses Flugblatt kommt reichlich spät, denn die Rote Woche wird vorbei sein, bis es in die Hände ihrer Interessenten kommt. Die ganze Tätigkeit des Reichsverbandes besteht seit langer Zeit darin, daß er über alle möglichen Dinge ein Flugblatt herstellt. Damit will er seinen Geldgebern zeigen, welche „tätige Tätigkeit“ er entfaltet. In Wirklichkeit werden seine Flugblätter ganz außerordentlich wenig verbreitet, weshalb sich der Reichsverband auch hütet, nur mit einem Wort von der Wirksamkeit seiner Flugblätter zu berichten.

Zu einer Wallfahrt nach Rom

fordert der Erzbischof von Köln die gläubigen Katholiken Deutschlands auf, um dem Papst zu zeigen, daß in den gegenwärtigen „schweren Zeiten“ der Glaubensmut und die Einmütigkeit der katholischen Kirchenangehörigen nicht abgenommen habe.

Kronprinzenbeleidigung.

Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Dr. Ernst Meyer, hatte sich am Samstag vor der 4. Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin, derselben Kammer, von der Hans Keuß vor einigen Tagen verurteilt wurde, wegen Beleidigung des Kronprinzen zu verantworten. Es handelt sich um einen in Nummer 25 des „Vorwärts“ vom 26. Januar dieses Jahres erschienenen Artikel mit der Überschrift: „Bom Jahrmart der Lebens. Der Abschied vom Regiment. In diesem Artikel wird der Regimentsbefehl des Kronprinzen an das Langfuhrer-Regiment in humoristischer Weise behandelt. Nach Verlesung des Anklagebefehls beantragte der Staatsanwalt wegen Gefährdung der Staatssicherheit den Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Seinemann, widersprach dem Antrage und ersuchte für den Fall, daß dem Antrage stattgegeben werden sollte, den Landtagsabgeordneten Redakteur Ströbel zuzulassen. Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Beratung, die Öffentlichkeit auszuschließen, dagegen den Redakteur Ströbel zuzulassen. Das Publikum und die Vertreter der Presse mußten den Saal verlassen.

Es wurde dann als Zeuge der Redakteur Hans Weber und der Faktor Rosen vernommen. Beide bekundeten, der Angeklagte, der nicht Verfasser des Artikels sei, habe aus technischen Gründen sehr wenig Zeit gehabt, den Inhalt des Artikels zu prüfen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 4 Monate Gefängnis, der Verteidiger, Rechtsanwalt Seinemann, Freisprechung.

Nach sehr langer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hofmeister: Der inframirierte Artikel enthalte eine Parodie des Regimentsbefehls, den der Kronprinz bei seinem Abschied an das Langfuhrer-Regiment erlassen hat. Es ist darin eine arge Ehrverletzung enthalten und zwar ist der Gerichtshof der Ansicht, daß dies in böswilliger Absicht geschehen ist. Der Artikel ist durch und durch hämisch gehalten. Der Angeklagte leugnet ja, der Verfasser zu sein, er ist aber laut § 20 des Preßgesetzes verantwortlich. Bei der Strafzumessung ist erwogen worden, daß der Angeklagte noch nicht vorbestraft und nicht der Verfasser ist; andererseits wurde aber erwogen, daß es sich um eine schwere Beleidigung des Thronerben handelt. Es ist auch in Betracht gezogen worden, daß der Artikel in einem Drama erschienen ist, das eine sehr große Verbreitung hat. Deshalb konnte der Gerichtshof nicht auf eine Feststrafe erkennen, sondern auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Ausland.

Schweiz. Ein gemäßigter Pfarrer. Wie die „Freiheit eines Christenmenschen“ in kapitalistischer Beleuchtung aussieht, zeigt wieder einmal ein Fall, den der evang.-luth. „Schweizer Arbeiter“ mitteilt. In Wiberist-Gerlafingen (Kt. Solothurn), wo die großen Viehweide der von Alltiengesehenschaft liegen, amlet seit 1900 der Pfarrer Wäschlin, der durch seine soziale Gesinnung, die ihn in Konfliktsfällen auf die Seite der Arbeiter treten ließ, bald das Wohlwollen der mächtigen Jura erworben. Da diese Alltiengesehenschaft nicht der Kirchensteuer unterliegt, zahlte sie einen freiwilligen Beitrag. Damit glaubte sie auch das Recht erworben zu haben, die Gesinnung des Pfarrers zu laffen. Sie wandte sich an den Kirchenrat, dessen Präsident schon 1912 dem Pfarrer sein Bedauern ausdrückte, wie sie sich unüberlegt die Sympathie der unferer Gemeinde sonst gewonnenen leitenden Kreise verweigern. Ich sehe kein gutes Ende von diesem Treiben voraus.“ Der Pfarrer erklärte sofort, wenn die Güte ihren Beitrag vermehere, wolle er auf den entsprechenden Teil seines Gehalts verzichten. „Aber das Recht, mich frei zu äußern, lasse ich mir nicht nehmen“. Und zu den letzten Weismächtigkeiten er gar einen „Hekartitel“ in der sozialdemokratischen „Freien Preß“ in Olten. Das brachte die Sache zur Entscheidung. Das Werk erklärte dem Gemeinderat, wenn er dem Pfarrer gegenüber nicht „seine Pflicht tue“, würde es den Beitrag zur Kirchenkasse einstellen. Worauf die Männer des Gemeinderats tapfer einstanden. Sie ließen ihren Pfarrer im Stich, beschloffen, seine Tätigkeit zu mifbilligen und ihn bei der im August bevorstehenden Neuwahl nicht mehr zur Wiederwahl zu empfehlen. Seit Neujahr bezieht Wäschlin, da der Bezirksoberster offenbar einseitig schon geperrt ist, nicht mehr die Hälfte seines früheren Gehalts. Und wenn die Masse der Gemeindeglieder auf demselben Niveau wie ihre Gemeindeglieder steht, wird er bald wie die alten Apostel den Wanderstab in die Hand nehmen müssen. Dann wird ihm einer folgen, der nach dem Willen der Machthaber predigt. Wer knecht ist, soll knecht bleiben. Den aber wundert es noch, daß eine solche Kirche nicht mehr imstande ist, den wahrhaft religiös Empfindenden und nach ihrem Gewissen Handelnden eine geistige Stätte zu bieten?

Internationaler Frauentag 1914.

Rechtlos ist der arme Mann, rechtlos die arme Frau! Zermürbt schwere Arbeit den schaffenden Mann, so zermalmt die Not die proletarische Frau, die ihre Kinder unter dieser Not leiden sieht!

Dreimal, viermal, fünfmal so groß ist die Säuglings- und Kindersterblichkeit in den Kreisen der Armen, als in denen der Reichen, ein graufiger Tribut der proletarischen Mutter an die kapitalistische Gesellschaft! Segensreich könnte die Frau auf den verschiedenen Gebieten öffentlicher Tätigkeit wirken, wenn nicht Egoismus der Männerwelt und Brutalität des Kapitalismus sie daran hinderte!

Frauen! Protestiert gegen diese Entrechtung! Schließt euch den Scharen eurer Genossinnen an, die morgen abend demonstrieren für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts.

Badischer Landtag.

In der gestrigen Sitzung wurde zuerst der Gesetzentwurf, die Abänderung des Rechtspolizeigesetzes behandelt. Der Gesetzentwurf bewirkt die Zulassung der Frauen als Gemeindevorstände. Die Parteien stehen dem Gesetzentwurf zustimmend gegenüber, nur geben die Ansichten darüber auseinander, ob man es der Frau völlig freistellen soll, von ihrem Amte zurückzutreten. Einem Antrag, dem sich die Sozialdemokraten, die Fortschrittler, der größte Teil der Nationalliberalen und einige Herren vom Zentrum anschließen, auf Zurückverweisung des Gesetzentwurfes in die Kommission wird zugestimmt. Abgelehnt wird ein Antrag der Abg. Vanschbach u. Gen. auf Beseitigung des § 93 der Rechtsanwaltsordnung. — Hierauf wurde der Betrieb staatlicher Kraftwagenlinien aus dem Vorschlag der Verkehrsanstalten beraten. Infolge des Zurückweichens der Parteien in der Kommission vor der Regierung werden die Gemeinden gezwungen, zu den Lasten beizutragen, was insbesondere die ärmeren Gemeinden in den abgelegenen Gegenden schwer trifft. Genosse Kolb charakterisierte scharf die Unrichtigkeit dieser Maßnahme und das Zurückweichen der Kommission. Der Vorschlag der Kraftwagenlinien wurde dann einstimmig angenommen. Ein Antrag des Abg. Kolb und Genossen, der von den Fortschrittler und dem größten Teil der Nationalliberalen unterstützt wurde, demzufolge von der Haftung der Gemeinden bei etwaigen Ausfällen abgesehen sei, wurde abgelehnt. Um halb 9 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Heute beginnt die Landwirtschaftsdebatte.

43. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 9. März. Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 4.30 Uhr. Am Regierungstisch: Staatsminister v. Dusch und Kommissäre. Eingänge. Petitionen der Bürgermeister und Gemeindevorstände von Bernau und Mengenschwand, die Erbauung einer Stichbahn St. Marien-Bernau-Mengenschwand betr.; des Verbandes der bad. Grund- und Hausbesitzervereine, die Änderung des § 20 der Landesbauordnung und Änderung der örtlichen Bauordnungen betr.; des Gemeindevorstandes der Gemeinde Ketz, die Heranziehung des staatlichen Rheinwaldes baselst zur Gemeindevorstandes betr. Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes, die Abänderung des Rechtspolizeigesetzes vom 17. Juni 1899 betr.

Im Zusammenhang damit wird die diesbezügliche Petition des Vereins für Frauenbestrebungen und der demselben angeschlossenen Vereine behandelt.

Abg. Kolb (Nat.) berichtet namens der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Entwurf, der in der ersten Kammer verschiedene Abänderungen erfuhr. Dem Gesetzentwurf zufolge können auch Frauen als Gemeindevorstände ernannt werden; hiergegen machte sich in der Kommission kein Widerspruch geltend. Diese Uebereinstimmung war nicht vorhanden bei dem weiteren Passus des Gesetzentwurfes: Frauen sind zur Uebernahme des Amtes nicht verpflichtet und können dasselbe jederzeit niederlegen. Die Petition der Frauenvereine verlangte Streichung dieses Satzes. Auch in der Kommission wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß Schwierigkeiten in der Führung des Amtes entstehen könnten, wenn der Kosten jederzeit niedergelegt werden könnte. Zwar ist zuzugeben, daß die Frau leichter in die Lage kommen kann, das Amt niederzulegen, doch sei diese Fassung dazu angetan, die Niederlegung zu häufig zu machen, und die Verleitung des Amtes überhaupt zu erschweren. Die Mehrheit der Kommission stimmte jedoch der Fassung zu. Weiter wurde der Passus des Gesetzentwurfes angenommen: Zur Uebernahme des Gemeindevorstandes können von dem Gemeinderate Frauen, die hierzu bereit sind, als Waisenpflegerinnen wideruflich bestellt werden. Die Kommission stimmte dem ganzen Gesetzentwurf einstimmig zu.

Präsident Rohrbach teilt mit, daß hierzu ein Antrag der Abg. Koch, Summel, Wittemann, Nebmann, Kolb und Genossen, den Gesetzentwurf nochmals an die Kommission zurückzuverweisen zur Verränderung der Bestimmung dahin, daß die Voraussetzung für die Amtsniederlegung für Männer und Frauen gleichgestellt werden und die zweifelhafte Fassung in §§ 6 und 10 zu beseitigen. Abg. Nebmann (Nat.): Es ist erfreulich, daß die Frauen das Recht als Gemeindevorstände und Waisenpflegerinnen

verliehen bekommen. Unser Antrag wendet sich dagegen, daß man ein Sonderrecht inforn schafft, als es den Frauen gestattet sein soll, das Amt jederzeit niederzulegen, was Männern nicht gestattet ist. Hiergegen wendet sich auch die Petition der Frauenvereine, weil diese eben keine besonderen Vorrechte wünschen und hieron Nachteile für ihre Bestrebungen befürchten. Wenn besondere Umstände eintreten, dann müssen ihnen die Rechte des Rücktritts zugestanden werden, sonst aber nicht. Deshalb wünschen wir nochmalige Zurückverweisung in die Kommission zur weiteren Beratung.

Staatsrat Hüßli bittet, im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes den Gesetzentwurf in der Fassung der ersten Kammer anzunehmen. Die Mitwirkung der Frau hat nur Wert, wenn sie eine freiwillige ist. Auch können häusliche Gründe am Rücktritt schuld sein. Man sollte es daher der Frau überlassen, eventuell zurückzutreten.

Abg. Wittemann (Zentr.): Meine Freunde und ich stimmen dem Gesetzentwurf, der einen Fortschritt bedeutet, zu. Wenn ich dem Antrag auf Zurückverweisung in die Kommission zustimme, so geschah es deshalb, weil ich die Fassung des § 2 in Absatz 4 geändert wissen möchte. Ich glaube, daß mir den Passus fallen lassen könnten, daß die Frau jederzeit zurücktreten kann; denn der Gemeinderat wird Verständnis dafür haben, wenn die Frau Gründe für die Niederlegung mitteilt.

Abg. Bernauer (Zentr.): Die Frauen nehmen ein Amt leichter an, wenn sie es jederzeit niederlegen könnten. Wenn die Frau das Amt nur gezwungen weiter führt, so wird es kein ersprießliches Arbeiten sein. Man sollte daher das Gesetz in der Fassung der ersten Kammer annehmen.

Abg. Muser (Z. Vp.): Meine politischen Freunde begrüßen den Gesetzentwurf. Nur wünschen wir Abänderung des § 2. Wenn gemeint wird, daß mit einem Zwang nichts erreicht ist, so dürfte man diesen Zwang auch Männern gegenüber nicht anwenden. Man darf hier nicht verschiedene Rechte schaffen. Der Hinweis auf das bürgerliche Gesetzbuch ist deshalb unzutreffend, weil das bürgerliche Gesetzbuch nicht das Ideal der Wünsche der Anhänger der Frauenbewegung darstellt. Durch dieses Gesetz wird die Frau in ihren Rechten geschädigt.

Abg. Schöpfke (Konf.): Wir stimmen dem Gesetzentwurf in der jetzigen Fassung zu.

Abg. Böttger (Soz.):

Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen, weil wir auf dem Standpunkt der völligen Gleichberechtigung der Frau stehen. Wenn die Frau gleiche Rechte bekommt, muß sie auch gleiche Pflichten erfüllen. Deshalb wünschen wir Beseitigung des § 2. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß im Interesse einer geordneten Geschäftsführung eine Frau das Amt eines Gemeindevorstandes nicht ohne weiteres niederlegen darf, sondern nur dann, wenn sie triftige Gründe hat. Deshalb stimmen wir für den Antrag Dr. Koch auf Zurückverweisung in die Kommission.

Abg. Kolb (Soz.):

Es ist zweckmäßig, wenn wir den Gesetzentwurf etwas schärfer präzisieren. Praktisch wird zwar die Frau leicht Gründe zum Rücktritt finden. Doch sollte man keine verschiedenen Rechte schaffen, weshalb wir für nochmalige Zurückverweisung in die Kommission eintreten.

Abg. Kopf (Zentr.):

Man kann die Frau nicht schablonenhaft unter die gleichen Bestimmungen bringen als den Mann.

Abg. Kolb (Soz.):

Ich möchte mich dagegen verwahren, daß wir durch Gleichstellung der Frauen mit den Männern unritterlich gegenüber den Frauen handeln. Die Frauenvereine verlangen ja in ihrem Antrage selber, daß die Frauen nicht ohne Gründe das Amt niederlegen können. Es liegt daher im Interesse der Frauen, daß sie im Falle der Amtsniederlegung Gründe angeben.

Abg. Nebmann (natl.): Die Frauen stehen heute ständig bereit im Kampfe, so daß sie diese Pflichten auf sich nehmen können.

Der Antrag Koch auf Zurückverweisung an die Kommission wird mit einer Mehrheit bestehend aus den Sozialdemokraten, Fortschrittler, den meisten Nationalliberalen und einigen Mitgliedern des Zentrums angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags Vanschbach (Konf.) und Genossen:

Die Streichung des § 93 der Rechtsanwaltsordnung betr.

Abg. Wittemann (Zentr.) berichtet namens der Kommission über den Antrag: Die Unterzeichneten beantragen, das hohe Haus wolle die große Regierung ersuchen, gelegentlich der Revision der Rechtsanwaltsgebührenordnung dahin zu wirken, daß § 93 der Rechtsanwaltsordnung gestrichen wird. Hierbei handelt es sich darum, die Kaufgebühren zu beseitigen.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Gebühren oft in gar keinem Verhältnis zur Arbeit der Anwälte stehen. Der § 93 sei daher in mancher Hinsicht nötig. Andererseits könne auch jetzt schon in manchen Fällen die Gebühr ermäßigt werden. Der Antrag der Kommission geht dahin, den Antrag der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, damit sie hierauf ihre Stellung bei Behandlung dieser Frage im Reich nehmen kann.

Präsident Rohrbach teilt mit, daß ein Antrag der Abg. Kopf, Bernauer, Muser und Gönner einging, den Antrag Vanschbach abzulehnen.

Abg. Müller-Eisen (Konf.) begründet den Antrag der Konserverfabriken.

Abg. Kopf (Zentr.) begründet den Antrag auf Ablehnung. Wenn wir hier zu weit gehen, so kann es vorkommen, daß Schutzbedürftige keinen Anwalt finden. Es gibt zweifellos Rechtsanwälte, die sehr hohe Gebühren verlangen. Dies ist bedauerlich; doch kommt es in allen Berufen vor. Von den Antragstellern werden die Bedürfnisse des Lebens verlangt. Der Antrag würde die Schutzbedürftigen gefährden. Außerdem betrifft er nicht die Landeskompetenz, sondern gehört zur Reichskompetenz.

Abg. Sächler (natl.) tritt für den Antrag Kopf ein, während er den Antrag Vanschbach ablehnt. Solange man dem Anwalt kein anderes Äquivalent gibt, kann man den § 93 nicht beseitigen.

Abg. Dr. Gönner (Fortschr.): Man kann in der Regelung der Vergütung der Anwälte von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen. Die heutige Gebührenordnung hat mancherlei Ungerechtigkeiten. Der Redner weist nach, wie bei Streitfragen um kleine Objekte die Rechtsanwälte sich oft mit langwierigen Materien befassen müssen. Hierfür muß dann selbstverständlich ein Extrahonorar verlangt werden. Ein Bedürfnis für den Antrag Vanschbach besteht nicht. Ich bitte, ihn daher abzulehnen.

Abg. Reinhardt (Zentr.): Der Antrag sollte in anderer Form eingereicht werden. Es handelt sich darum, daß die Waisenkinder beseitigt werden. Ich stimme dem Beschluß der Kommission zu.

Abg. Fildner (Konf.):

Es ist erfreulich, daß der Antrag besteht, daß wir selbständig vorgehen.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.):

Es ist nicht möglich, daß man dem Gegner die Kosten des Prozesses über die gesetzliche Gebühr hinaus aufbürden kann.

Abg. Böttger (Soz.):

Wenn der Antrag das hätte erreichen wollen, was Abg. Reinhardt meinte, dann hätte er anders formuliert werden

müssen. Aus dem Gehörten ersehen wir, daß der § 93 nötig ist. Wir werden daher für den Antrag Kopf stimmen und den Antrag der Konserverativen ablehnen.

Abg. Muser (Fortf.): Im Gesetz ist dafür gesorgt, daß keine Mißstände vorkommen. Wenn Mißstände vorkommen, sollen sich die Betroffenen an die Anwaltschaft wenden, die für Beseitigung sorgt.

Oberregierungsrat v. Markgraf: Gegenwärtig besteht kein dringendes Bedürfnis auf Aufhebung des § 93. Es gibt zahlreiche Fälle, wo die Rechtsanwaltschaft des § 93 bedarf. Es kann daher zurzeit von einer Aufhebung keine Rede sein.

Abg. Kramer (Soz.): In dieser Frage besteht beim Publikum wenig Aufklärung. Die Kommission wolle dem Antrag Bauschbach ein Begründung 2. Klasse sichern. Praktisch wird durch die Anträge wenig geändert.

Der Antrag Bauschbach (Konf.) und Gen. auf Streichung des § 93 der Rechtsanwaltsordnung wird mit 29 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Voranschlag der Verkehrsanklagen.

Abg. Hummel (Fortf.): erstattet den Bericht der Budgetkommission über den Betrieb staatlicher Kraftwagenlinien. Die Einrichtung wurde nach bayerischem Vorbild geschaffen. Die Tatsache, daß die für die Unterhaltung der Motorlinien ausgegebenen 50 000 M. nicht voll aufgebraucht wurden, veranlaßten uns, die Regierung zum Betrieb staatlicher Linien zu ermuntern. Die Regierung hat daher für dieses Budget 500 000 Mark für staatliche Autolinien angefordert. In der Denkschrift werden von den Gemeinden Vergütungen der Ausfälle bis zu 10 Prozent verlangt; sowie Stellung der Wagenhalle usw. Differenzen ergaben sich hinsichtlich der Tarifverträge und der Verzinsung der Interessenten zu den Kosten. Die Mehrheit der Kommission stimmte für Streichung des § 3, der die Verzinsung der Interessenten (Post, Gemeinde usw.) verlangt unter Abzug der Reibeträge. Die Regierung verlangte, daß wenigstens ein Teil der Betriebsausfälle von den Gemeinden gedeckt wird. Sollte das Plenum die Streichung des § 3 vornehmen, so erklärte die Regierung diesen Teil des Etats zurückzugeben und die 500 000 Mark im Budget einzustellen. Die Kommission fügte sich daher den Vorschlägen der Regierung und beantragt Annahme der Position.

Präsident Rohrbach bittet bei Behandlung dieser Position keine Einzelwünsche vorzubringen. Darüber liegen Petitionen vor, die in einer besonderen Sitzung behandelt werden.

Abg. Kopf (Zentr.): Wir stimmen der Position zu. Es muß versucht werden, auf die Tarife der Privatlinien dadurch einzuwirken, daß man die Unterhaltung davon abhängig macht, daß ein gewisser Tarif nicht überschritten wird. Die Regierung erklärte sich bereit, einen 5 Pfg.-Tarif einzuführen. Erfreulich ist, daß die Regierung die Sache in die Hand nahm und sie nicht der Reichspost übergab. Unsere Bestrebungen auf Schonung der Gemeinden stehen auf Widerstand bei der Regierung. Die Regierung muß herausfinden, bei welchen Gemeinden Milde am meisten angedrückt ist.

Abg. Dietrich (Nat.): Die Regierung erklärte sich mit dem 5 Pfg.-Tarif einverstanden, besteht sich jedoch vor, jederzeit auch hiervon abzugehen. Ich bebaure, daß es nicht möglich war, die Regierung von ihrem Standpunkt bezüglich des Aufschusses der Gemeinden für die Autolinien abzubringen. Die Regierung gab zu, daß nicht die finanzielle Seite sie bestimme, sondern daß sie damit nur unerbittliche Forderungen verhindern wolle. Dies ist kein Standpunkt. Hierdurch wird die Verkehrs-entwicklung gehemmt. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß wir hier zu keinem Ziel gekommen sind. Es sind auch taktische Fehler schuld, daß wir gegenüber der Regierung nicht mehr erreichten. Da sich unsere Fraktion in einer Zwangslage befindet, stimmte sie der Vorlage zu.

Abg. Kolb (Soz.):

So sehr wir die Einführung der Motorlinie begrüßen, so schwer wird es uns jetzt, der Forderung zuzustimmen. Wäre die Kommission fest geblieben, so hätte sie durchgesetzt, daß die Regierung nachgegeben hätte. Es ist lächerlich, daß eine derartige Forderung wegen ein paar tausend Mark scheitern sollte. Bei den Eisenbahnbauten wird ganz anders verfahren, was die Linie bei St. Blasien beweist. Auch bei der Tariffrage trifft dies zu. Es ist zu bedauern, daß die Volksvertretung ohne weiteres der Regierung nachgab. Wohin kommt man, wenn die Volksvertretung sofort nachgibt, so bald die Regierung erklärt, sie würde die Forderung überhaupt zurückgeben, wenn ihre Bedingungen nicht erfüllt werden. Wenn man dieses Prinzip a. B. auf die Bahn in St. Blasien übertragen würde, wieviel müßten dann die Gemeinden zahlen? Die ganze Behandlung führt dahin, daß die Gemeinden, die schlecht gestellt sind, auch noch hohe Kosten auf sich nehmen müssen. Hierzu kommt noch, daß den Gemeinden auf diese Weise mehr neue Lasten aufgebürdet werden. Wohin sollen denn die Gemeinden kommen, wenn man ihnen alle Lasten wie für Volksschulen, für staatliche Bauten usw. aufhals. Eigentlich hätte diese Position abgelehnt werden sollen. Wir stimmen nur schweren Herzens für die Vorlage und glauben sicher, wenn die Parteien geschlossen vorgegangen wären, sie der Regierung gegenüber mehr erreicht hätten.

Abg. Benedek (F. Wp.): Wir stimmen der Vorlage zu, meinen jedoch auch, daß hier die Allgemeinheit die Kosten hätte aufbringen müssen und nicht die Gemeinden. Ich bebaure lebhaft, daß man in der Frage nicht fest geblieben ist. Es ist hier eine Zwangslage angewendet worden, gegen die man sich auch aus konstitutionellen Gründen wehren sollte. Von der Befugnis, Beiträge zu erheben, sollte daher mit äußerster Vorsicht Gebrauch gemacht werden.

Abg. Albiech (Zentr.): Die Denkschrift flößte mir Bedenken ein. Wenn man sieht, wie in Bayern 7 und 8 Pfg. verlangt wird und bei uns nur 5 Pfg., so kann dies nur auf Kosten der Gemeinden geschehen. Private Autolinien haben viele Vorteile gegenüber den staatlichen Autolinien.

Abg. Bauschbach (Konf.): Wir stimmen der Position zu. Präsident Rohrbach teilt mit, daß von den Abgg. Kolb, Stodinger und Wöttger ein Antrag einging, in dem beantragt wird, bei den staatlichen Kraftwagenlinien von der Haftung der Gemeinden bei etwaigen Ausfällen abzusehen.

Abg. Kopf (Zentr.): Nachdem die Regierung mitteilte, daß sie auf unsere weiteren Wünsche nicht eingehen wolle und eventuell die Vorlage zurückziehe, sind allerdings die Herren in der Kommission umgefallen und erklärten, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, daß sie auf die Regierungsvorschläge eingingen. Wir hätten es nicht beantworten können, in diesem Falle der Regierung Widerstand zu leisten. Man sollte hieraus keine Prinzipienfrage machen und Gefahr laufen, daß die ganze Vorlage scheitert. Eine Zustimmung zu dem neuen Antrag Kolb bedeutet eine Ablehnung. Wir haben kein parlamentarisches System, sondern ein konstitutionelles. Ein „unannehmbar“ gegenüber der Regierung bedeutet daher sehr viel. Wir können daher die Verantwortung dafür nicht übernehmen, die Regierungsvorschläge abzulehnen.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Es ist erfreulich, daß zwischen der Regierung und der Majorität der Budgetkommission ein Uebereinkommen zustande kam. Der Abg. Kolb befindet sich im Irrtum, wenn er meint, die Regierung hätte nachgegeben, wenn die Kommission eine andere Stellung eingenommen hätte. Die Regierung legt großen Wert darauf, das Uebereinkommen zustande zu bringen. Deshalb sind wir den Wünschen

der Kommission so weit als möglich entgegengekommen. Es kann daher von einer Zwangslage keine Rede sein. Wir gingen weiter als es von anderen Staaten geschah. Mit einem grundsätzlichen Verzicht der Beteiligten der Interessenten an den Kosten konnte sich die Regierung unter keinen Umständen einverstanden erklären. Man kann diese Kosten nicht der Allgemeinheit aufbürden. Wenn wir diese Maßregeln nicht anwenden würden, so würden die Petitionen um Autolinien ins Uferlose gehen. Ich bitte dringend, dem Vorschlage der Majorität der Budgetkommission zuzustimmen, nachdem wir weitgehend entgegenkamen. Wenn Sie dem Antrag der Budgetkommission nicht zustimmen, so wären wir genötigt, diesen Budgettitel nicht zu vollziehen.

Abg. Kolb (Soz.):

Die Dinge lagen etwas anders als Abg. Kopf meinte. Der Unfall erfolgte a tempo nach der Erklärung der Regierung. Wenn heute Abg. Kopf das Unannehmbar der Regierung erklärt, so möchte ich daran erinnern, wie das Zentrum seinerzeit bei der Einkommensteuer hieron sprach. Es handelt sich hier um ein sehr wichtiges Prinzip. Nachdem die Regierung gerade auf diesem Gebiete sehr selbstherrlich regiert, hätte man versuchen müssen, mehr zu erreichen. Ich kann nicht finden, daß die Regierung so sehr entgegenkam. Ich meine, man hätte mehr erreichen können, wenn die Parteien fest geblieben. Ist es denn eine Belastung unserer Eisenbahnen, wenn sie in dieser Frage nachgibt, nachdem sie bei großen Bauten ganz andere Grundzüge anwendete. Ich meine daher nach wie vor, daß man mehr hätte durchsetzen können.

Abg. Hummel (Fortf.): Was Abg. Albiech sagte, trifft nicht zu. In der Kommission standen von Anfang an einige Mitglieder auf dem Standpunkt, die Gemeinden zur Zahlung beizuziehen. Diese sind allerdings nicht umgefallen. (Zwischenruf des Abg. Kopf.) Wie Herr Abg. Kopf sagte, sei er allein von Anfang an für Beiziehung der Gemeinden gewesen. Die Verantwortung für eine Ablehnung hätte ich allerdings nicht tragen können. Der sozialdemokratische Antrag ist uns nicht recht klar. Ich habe budgetrechtliche Bedenken. Außerdem möchte ich nicht wünschen, daß hierdurch der Bau um 2 Jahre hinausgezogen wird. Wenn er uns als Wunsch aufzufassen ist, so entspricht er unserer Auffassung.

Abg. Dietrich (nat.): In meiner Rede befand sich kein Vorwurf gegen die Regierung.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Die Linien nach außerhalb Baden sollten nicht schlechter behandelt werden, als die anderen Linien. Die Sache mit der Einkommensteuer liegt anders. Es sind dies 2 grundverschiedene Positionen, die nicht miteinander verglichen werden können.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Die Linie Würzburg-Laubersheim wird gerade so behandelt werden, als die anderen Linien.

Abg. Kolb (Soz.):

Auf die Bemerkung des Abg. Schöfer über die Einkommensteuer werden wir gelegentlich zurückkommen.

Die Positionen werden einstimmig genehmigt. Der Antrag der Abgeordneten Kolb (Soz.) und Genossen von der Haftung der Gemeinden bei etwaigen Ausfällen abzusehen, wird abgelehnt.

Für den Antrag stimmen die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und der größte Teil der Nationalliberalen.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Budget der Landwirtschaft sowie die diesbezüglichen Anträge.

Schluss der Sitzung: 10 Uhr.

Badische Politik.

Die Feigheit der bürgerlichen Demokratie.

In einem Artikel „Warum so aufgeregt?“ schreibt der „Badische Landesbote“:

In unserem Leitartikel vom letzten Mittwoch hatten wir u. a. das agitatorische Auftreten der „Genossin“ Rosa Luxemburg kurz gestreift und dem Sinne nach geschrieben, daß dieses Auftreten den Reaktionären die größte Freude macht. Merkwürdigerweise ist darüber der „Volksfreund“ in eine gewaltige, aber, wie uns scheinen will, völlig unangebrachte Aufregung geraten, die sich in einem Artikel mit der lebenswichtigen Ueberschrift: „Eine fortschrittliche Unverschämtheit“ Luft macht. Wir wollen hoffen, daß der „Volksfreund“ sich nach diesem Jörnensausbruch etwas beruhigt fühlt, so daß er imstande ist, unseren Artikel nochmals durchzulesen und zu verstehen, was wir damit sagen wollten. Er wird dann finden, daß wir gar nichts so Schreckliches behauptet haben. Nämlich: die revolutionären Taten der roten Rosa entsprechen nicht den Anschauungen der Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten. Sie haben gar keine praktische Bedeutung, leiten aber Wasser auf die Mühlen der Reaktionäre, die gegenüber dem agitatorischen Auftreten der Rosa Luxemburg — für das sie natürlich die gesamte Sozialdemokratie verantwortlich machen — nach Ausnahmefällen rufen und ihre Königskrone dafür umso mehr leuchten lassen. Das haben wir behauptet und behaupten es auch heute wieder. Wir hätten allerdings geglaubt, daß der „Volksfreund“ ebenfalls inniges Verständnis dafür besitzt. Das scheint nun nicht der Fall zu sein; unsere Uebersetzung können wir aber dem „Volksfreund“ zuleben nicht ändern. Selbst wenn er uns noch kräftigere Schimpfwörter an den Kopf werfen sollte.

Wir haben demgegenüber zu erwidern, daß wir keine Veranlassung haben, nur ein Wort von dem, was wir geschrieben, zurückzunehmen. Es ist zunächst mal eine Laftlosigkeit, eine Frau von der Bildungsstufe der Frau Dr. Rosa Luxemburg nach Zentrumsmanier mit der höhnischen Bezeichnung „blutige Rosa“ zu titulieren. Und weiter ist dieser Spott auf eine mutige Frau, die soeben vom Gerichte des kapitalistischen Klassenstaates für berechtigte Worte, die sie im Kampfe gegen Militarismus anwendete, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, vom demokratischen Standpunkt aus recht unangebracht. Damit begibt sich die bürgerliche Demokratie unter die reaktionären Kläffer und Spötter, wo sie doch alle Ursache hätte, in den Tagen von Babern, wo die Soldateska sich im Genith ihres Uebermutes fühlte, einen andern Standpunkt einzunehmen.

Wir haben noch nie einen Gehl daraus gemacht, daß wir in einzelnen taktischen Fragen eine andere Auffassung von der von der Genossin Luxemburg vertretenen Meinung haben. Aber das können wir dem bürgerlichen Demokratenblatt sagen, im gegenwärtigen Moment steht die gesamte Sozialdemokratie wie ein Mann hinter der Verurteilung. Der höhnische Hinweis auf den „Reutnant mit dem zehn Mann“ und die drohenden Ausnahmefälle ist nur ein Beweis für die politische Degenerierung der bürgerlichen Demokratie. Wir fürchten beides nicht. Weder die Bajonette noch Ausnahmefälle werden unserer Bewegung Einhalt gebieten können.

Aber wir begreifen. Ein Blatt, das erst vor kurzem

den Bewilligungseifer der bürgerlichen Demokratie für die letzte Kriesenmilitärvorlage verteidigen mußte, kann für den Standpunkt einer energischen Bekämpfung des Militarismus kein Verständnis haben; braucht es auch nicht. Die Fahne der Freiheit ist schon längst in noblere Hände übergegangen.

In die gleiche Kerbe der Verhöhnung und Beschimpfung der Genossin Luxemburg schlägt der „Badische Beobachter“. Er nennt in seinem Bericht über die Festhalleversammlung die Referentin ebenfalls die „blutige Rosa“ in auffälliger Uebereinstimmung mit dem Demokratenblatt. Der „Beobachter“ schreibt:

„Trotz alledem führte Herr Kolb in der gestrigen Festhalleversammlung der Blütigen Rosa den Vorstoß und begründete die Referentin. Unversehens waren circa 8000 Personen, darunter jedenfalls auch ein großer Teil Reagierender, die sich für 20 Pf. einmal das Vergnügen gelassen wollten, die fanatische Rosa Luxemburg zu sehen und zu hören. Mit feiner durchdringender Stimme behandelte die Rednerin — eine unansehnliche Persönlichkeit — das Thema „Militarismus und Volkfreiheit“.“

Traurige Gesellen, die, wenn ihnen der Spiritus für eine sachliche Kritik fehlt, sich auf das persönliche Gebiet begeben. Uebrigens wollen wir dem schwarzen Zeilen-schinder so nebenbei sagen, daß Windthorst auch kein Adonis von Gestalt war, der aber einen Geist beherbergte, den man in der heutigen Zentrumsparlei vergeblich sucht.

Die Münchener Gesandtschaftsfrage

über welche die nationalliberale Presse trotz aller Stillschleichen monatelang sich ausschweifig, hat jetzt, nachdem die Gesandtschaft mit Hilfe der Nationalliberalen wieder bewilligt wurde, zu einer teilweise recht heftigen Polemik in der nationalliberalen Presse geführt. Zuerst ritt die „Straßburger Post“ eine scharfe Attacke gegen den gänzlich unmotivierten Unfall der nationalliberalen Fraktion und am Samstag richtete der Mannheimer „Generalanzeiger“ einen ungewöhnlich scharfen Angriff gegen den nationalliberalen Fraktionschef Herrn Abg. Rebmann. Er schreibt:

Die Rede, die der Führer der badischen Nationalliberalen, Herr Geh. Rat Rebmann, im Landtag gehalten hat, um die Zustimmung der Nationalliberalen zu den Kosten der Münchener Gesandtschaft zu rechtfertigen, hat weit über Baden hinaus Aufsehen gemacht, aber wie man im Reichsgemäß zugehört muß, nicht eben erfreuliches Aufsehen. Wir haben aus begreiflichen Rücksichten bisher verstanden, auf die an dieser Rede geübten Kritiken näher einzugehen, aber die Diskussion greift weiter und weiter um sich, so daß Schweigen der Mächtigen auf die Dauer nicht mehr angeht, ohne der Partei als solcher zu schaden, die uns schließlich höher steht und höher stehen muß als Personalfeinden und auch eine ganze Landtagsfraktion. Der Inhalt der Rebmannschen Rede ist bekannt. In ihr erhebt er die Forderung, wie wir vorhin schon sagten, der badische Nationalliberalismus als Hort und Vertreter eines engen süddeutschen Partikularismus, der den Kampf mit dem preußischen Partikularismus aufnehmen müsse, in ihr erscheint oder kann erscheinen der badische Nationalliberalismus als Frondeur gegen die nationalliberale Reichstagsfraktion.

Wir wollen auf die Notwendigkeit der Münchener Gesandtschaft nicht weiter eingehen, aber mit aller Schärfe weisen wir auch die von uns gekennzeichneten, höchst unangenehmen und die Nationalliberale Partei im ganzen verurteilenden Folgerungen und Deutungen der Rebmannschen Rede zurück. Es fällt uns nicht ein, Herrn Rebmann verantwortlich zu machen. Wir halten sie für eine Ausbeugung der nationalliberalen Landtagsfraktion des badischen Landtages. Diese ist für sie verantwortlich und sie ist unseres Erachtens auch verpflichtet, den üblen Eindruck, oder wenn wir wollen, die schlechte Deutung, die diese Erklärung gefunden hat, aus der Welt zu schaffen. Die Erklärung der nationalliberalen Landtagsfraktion, so wie sie heute von nationalliberalen, konservativen und sozialdemokratischen Blättern interpretiert wird, bedeutet eine Schädigung des Ansehens der nationalliberalen Gesamtpartei und eine Vorfälligkeit der von ihr getriebenen Reichstagspolitik. Was wir fordern und fordern müssen, ist eine „authentische Interpretation“ der Rebmannschen Rede, aus der klar hervorgeht, daß dem badischen Nationalliberalismus nichts ferner liegt, als einen süddeutschen Partikularismus zu züchten, — sicher das schlechteste Heimittel gegen das Ueberpreußentum, — und daß der badische Nationalliberalismus in den grundlegenden Fragen deutscher Reichstagspolitik durchaus konform geht mit der Reichstagsfraktion. Und wir erwarten, daß diese Erklärung bald erfolge, damit dem angedeuteten Schaden schleunigst ein Maß gesetzt werde.

Daß es sich bei diesem ungewöhnlich scharfen Angriff nicht bloß um eine „authentische Interpretation“ der Rebmannschen Erklärung, sondern um etwas mehr, nämlich um eine rechtsliberale Attacke gegen den Fraktionschef Rebmann und seine Gesandtschaft handelt, ist klar. Die Rebmannsche Begründung des Unfalls der Nationalliberalen war gewiß nichts weniger als einleuchtend und durchschlagend. Man merkte es bei jedem Satz, daß die Gründe für den Unfall der nationalliberalen Fraktion an den Saaren herbeigezogen. Insbesondere konnte das von Rebmann ins Feld geführte partikularistische Moment nicht überzeugen. Daß der „Generalanzeiger“ diesen Teil der Rebmannschen Rede herausgreift, wozu er sich nicht verurteilt, wenn der „Generalanzeiger“ nicht dafür bekannt wäre, dann und wann als Sprachrohr der rechten Flügels der Nationalliberalen zu dienen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß er sich bei dem überaus scharfen Angriff des Wassermergans um einen zielbewußten Vorstoß gegen den Abg. Rebmann handelt, der den Reichstagsliberalen schon lange „hinreichend verdächtig“ erscheint.

Herr Rebmann mag aus diesen gegen seine Umfältig taktik gerichteten Angriffe aus den eigenen Parteitage erkennen, daß er nicht klug beraten war, als er den Reichstagsliberalen den kleinen Finger reichte und für die Wiederherstellung der Münchener Gesandtschaft stimmte. Es ist bitter, daß von den Gegnern, insbesondere vom Zentrum, Spott und Hohn, und aus dem eigenen Reihen heraus so scharfe Angriffe zu erfahren. Bei einiger Ueberlegung hätte er das aber voraussagen können. Genügt hat der Unfall der nationalliberalen Partei sicher auf seinen Fall.

Die Erhöhung der Hundsteuer in Baden.

Dem in der Zweiten Kammer verteilten Gesetzentwurf über die Hundsteuer ist von der Regierung eine eingehende Begründung beigegeben. In diesen Darlegungen wird zunächst die Geschichte der Hundsteuer, die auf das Jahr 1811 zurückgeführt wird, geschildert. Der neue Gesetzentwurf soll verschiedenen in der Zweiten Kammer in den letzten Jahren geäußerten Wünschen auf eine Ermäßigung der Steuer für die auf abgelegenen Gebieten gehaltenen Hunde entsprechen, ferner einer Petition des Verbandes der kognologischen Vereine über eine Steuererleichterung für Hundezüchter, und einem in der Landwirtschaftskammertagung Ende letzten Jahres ausgesprochenen Wunsche, der sich auf einen Steuernachlaß für Hunde auf abgelegenen Höfen erstreckt.

Der gegenwärtige Gesetzentwurf schlägt eine mäßige Erhöhung der Hundsteuer vor. Der Grund ist u. a. aus der starken Zunahme der Hunde zu suchen. Während die Zahl der Hunde vom Jahre 1875 bis zum Jahre 1898 von 22 861 nur auf 65 060 gestiegen ist, betrug sie im Jahre 1912 73 005. Die gegenwärtig zur Erhebung gelangende Lage ist im wesentlichen nur noch als eine Übergangszeit zu betrachten. Die Regierung hat gegen eine besondere Behandlung der sogenannten Sicherheitshunde gewisse Bedenken; sie hält aber die Wünsche nach einer Verabreichung derjenigen Steuer für gerechtfertigt, welche von Besitzern abgelegener Höfe und ähnlicher Gebäude in Gemeinden von mehr als 4000 Einwohnern für ihre Hunde bezahlt werden muß, für gerechtfertigt, besonders, wenn noch eine Erhöhung der Steuer stattfinden soll.

Der neue Gesetzentwurf trägt aber auch einem von dem Verband der Badischen Tierzüchtereine ausgesprochenen Wunsche Rechnung. Es soll von der weiteren Besteuerung eines Hundes abgesehen werden, wenn der Besitzer den Hund für die 4 Wochen übersteigende Dauer eines vorübergehenden auswärtigen Aufenthalts oder der Erkrankung des Hundes einer Hundebewahranstalt übergibt. Auch eine Anmeldepflicht soll für solche Fälle nicht bestehen. — Eine genaue Berechnung des aus den neuesten Bestimmungen zu erwartenden Mehr- oder Minderbetrags der Steuer ist ausgeschlossen, da namentlich die Wirkung der Steuererhöhung auf den Hundbestand nicht voraussehen ist. Wenn auch die Steuererhöhung eine recht mäßige ist (in Gemeinden von 4000 oder weniger Einwohnern 10 Pf., von mehr als 4000 Einwohnern 20 Pf.), so wird doch eine Abnahme von Hundebunden um mindestens 10—15 000 zu rechnen sein. Der Ertrag der Hundsteuer würde sich deshalb im günstigsten Fall nur um einige tausend Mark steigern.

Die Erhöhung der Mahngebühren.

Wie schon mitgeteilt wurde, ist der Zweiten Kammer ein Gesetzentwurf über die Ergänzung des Gesetzes über die Pfändungsbefugnisse wegen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen zugegangen. Nach dem Gesetzentwurf ist die Vermehrung der Mahngebühren wie folgt berechnet. Sie darf bei einer Forderung bis zu 10 Mk. 20 Pf., von mehr als 10—50 Mk. 50 Pf., von mehr als 50—100 Mk. 1 Mk., von 100—200 Mk. 2 Mk., dann bis 500 Mk. 3 Mk., bis 1000 Mk. 5 Mk. und bis 2000 Mk. 10 Mk. und von 2000 Mk. das halbe vom Hundert des ausbleibenden Betrags nicht übersteigen. Dasselbe gilt bei Vollstreckungshandlungen, die einen Beamten der Vollstreckungsanordnungen betreffen, aufgetragen werden, für die Pfändungsanordnungsgebühren sowie für die Pfändungsgebühren.

In der Begründung zu dem Gesetzentwurf wird betont, daß in den größeren Städten bei der großen Zahl der Pflichtigen, die ihre Abgabe nicht rechtzeitig entrichten, die Auffstellung der Mahnlisten und der Vollzug der Mahnungen immer mehr zunimmt. Die Zahl der notwendigen Mahnungen bei den direkten Staatssteuern ist allein vom Jahre 1892 bis zum Jahre 1912 von 157 988 auf 268 604 im Jahre gestiegen und sie hat auch in den Zeiten günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse ständig zugenommen. Die so zutage tretende Unpünktlichkeit und Lässigkeit eines großen Teiles der Pflichtigen hat für die Staatskasse große Nachteile im Gefolge, die durch die Einnahmen an Mahn- und Vollstreckungsgebühren nicht ausgeglichen werden. Von den im Jahre 1911 eingegangenen Einkommen- und Vermögenssteuerbeträgen wären z. B. bei ordnungsmäßigem Eingang 4,5 Millionen Mark ein Monat und 2 Millionen Mark zwei Monate früher, als nach dem tatsächlichen Eingang der Fall war, für die Staatskasse verfügbar gewesen und es hätten daraus, wenn das Geld nicht sofort gebraucht wurde, bei zinstragender Anlage etwa 30 000 Mk. an Zinsen gewonnen werden können. Die wirksamste Maßnahme zur Herbeiführung einer pünktlichen Zahlung wird in der Erhöhung der Mahngebühren erblickt.

Die Elztalbahn.

In einer dieser Tage in Trierberg abgehaltenen Versammlung, auf der die beteiligten Gemeinden, darunter Freilburg und Billingen, die Handelskammern der beiden genannten Städte, die Sanitätskammer Freilburg, zahlreiche Bezirksämter, gewerbliche und andere Vereinigungen vertreten waren, auch mehrere Landtagsabgeordnete waren zugegen, wurde nach einem Wortgebot des Sekretärs der Freiburger Handelskammer einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Wunsch ausgedrückt wird, daß die Elztalbahn als Eisenbahnlinie auf dem einmündigen Beschluß der Zweiten Badischen Kammer vom 12. August 1908, wonach die Fortführung der Strecke ab Elz nach dem Prinzipal als einziger Bestandteil des zukünftigen Eisenbahnbauprogramms angesehen und bei Aufstellung eines solchen berücksichtigt werden soll.

Der Badische Eisenbahnerverband (Bezirksobmannschaft Karlsruhe) hielt am Sonntag vormittag im Apollosaal zu Karlsruhe eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab. Von dem Abgeordneten des Bezirks waren die Landtagsabgeordneten Red (Nkt.), Odenwald (F. Vp.), Wiedemann (Fz.) und Weber (Soz.) erschienen. Von sechs Abgeordneten lagen Berichtigungsanträge vor. Es sprachen als Referenten Verbandsschatzmeister H. v. S. Karlsruhe und Bezirksobmann Holzmann, Mannheim. In der Diskussion sprachen u. a. Abg. Red die Sympathien der Landtagsabgeordneten für die Bestimmung des Verbandes aus. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der von dem Landtag und der Regierung die bestimmte Erwartung ausgesprochen wurde, daß die verschiedenen Wünsche und Forderungen, die von den beiden Referenten dargelegt wurden und wie sie den Kammer in einer Petition des badischen Eisenbahnerverbandes vorliegen, die weitgehendste Berücksichtigung finden mögen.

Das Abgangszeugnis an der Volksschule. Im Ostern dieses Jahres wird, wie wir erfahren, an allen Volksschulen des Landes den Schülern, welche aus der Schule entlassen werden, zum erstenmal ein besonderes Abgangszeugnis ausgestellt. Dieses gibt Aufschluß über die erreichten Fertigkeiten des betreffenden Schülers in allen in Betracht kommenden Unterrichtsfächern. Diese Reueuna ist infolgedessen

ders zu begreifen, als dadurch ein besserer Einblick in den Stand der Kenntnis des die Schule verlassenden Schülers gewonnen werden kann. (In einigen städtischen Schulen, so an denjenigen in Karlsruhe, wurde das Abgangszeugnis schon in nahezu der Weise ausgestellt, wie das oben ausgeführt worden ist.)

Forzheim 8. März. In der letzten Sitzung der Zweiten Kammer kam bekanntlich die Errichtung eines Landgerichtes in Forzheim zur Sprache. Zur Ergänzung der in der Kammer erfolgten Darlegungen mögen folgende Angaben dienen: Die Regierung wünscht einen 7800 Quadratmeter großen Bauplatz auf dem früher Wendischer'schen Gelände und die Stadt ist bereit, 6000 Quadratmeter unentgeltlich abzutreten, die übrigen 1800 Quadratmeter dem Staat zu überlassen. Außerdem will die Stadt das Baugelände zu 4 1/2 Prozent zur Verfügung stellen. Bei der unentgeltlichen Abgabe von 6000 Quadratmetern will die Regierung ein Landgericht errichten, kommt aber die Stadt dem Staate noch etwas weiter entgegen, so ist die Regierung bereit, ein Justizgebäude zu errichten, das von der Straße zurückgerückt und monumental ausgestaltet wird. Durch ein Preisanschreiben sollen die Pläne gewonnen und etwa 1 200 000 Mk. für den Bau aufgewendet werden. Darin sollen außer dem Landgericht auch Amtsgericht, Staatsanwaltschaft und Notariate untergebracht werden. Ob die Stadt Forzheim das Opfer von weiteren tausend Quadratmetern bringen wird, ist augenblicklich noch nicht zu sagen, bei dem großen Wunsche aber, der in Forzheim nach einem Landgericht besteht, dürfte die Stadt der Regierung auch ihrem letzten Wunsche entsprechen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. März.

Am Bundesratssitz ist Staatssekretär Dr. Solf erschienen. Präsident Dr. Koempel eröffnete die Sitzung um 1/4 Uhr. Zunächst wird die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Kurjowski (Pole) verlesen. Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl der Abg. Frommer (Konf.), G. Königberger, Dr. v. Seydewitz (Konf.), 2. Breslau, Berlin (Reichsp.), 3. Breslau, und Köster (Konf.), 5. Breslau werden für gültig erklärt. Bei den Wahlen der Abg. v. Winterfeldt (Konf.), 4. Potsdam und Glöckner (Zentr.), 4. Oppeln werden Weisheitsgebungen beschloffen. — Darauf wird die zweite Beratung des Kolonialgesetzes fortgesetzt.

Abg. Wühlendorf-Köpin (Konf.): Als erfreulicher Fortschritt ist zu verzeichnen, daß sich hinsichtlich unserer Kolonialpolitik bei den bürgerlichen Parteien fast völlige Einmütigkeit zeigt. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung unserer Kolonien ist durch die Maßnahmen der Verwaltung sehr zufriedenstellend. Es ist für uns von größter Wichtigkeit, in den Kolonien neue Absatzgebiete zu finden, die uns andererseits wiederum mit den nötigen Kolonialprodukten versorgen können. Wir sind für eine humane Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit. Die schweren Anlagen gegen die Plantagenbesitzer dürften übertrieben sein. Neben den Plantagen müssen auch die Eingeborenenkolonien gefördert werden. Wie die Selbstverwaltung der Negere ausfällt, zeigt uns die Republik Liberia, die nichts als eine Anleihe am Meer darstellt. Im Hinterland ist nichts erreicht. Erfreulich ist, daß die Denkschrift des Gouverneurs von Ostafrika auch die Verhältnisse hinsichtlich der Hausflaverei offen und frei schildert. Die gegenwärtige Tätigkeit der Missionen beider Konfessionen erkennen auch wir gerne an. Doch müssen sie sich bei Neugründung von Stationen über die Interessensphären erheben. Der Schwerpunkt der Verwaltung muß nach und nach immer mehr in die Kolonien gelegt werden. Zur Erschließung der Kolonien und zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Eingeborenen darf im Eisenbahnbau kein Stillstand eintreten. Die Schiffahrt muß sich anschließen. Auch müssen die Landstrassen — namentlich für den Automobilverkehr — dauernd verbessert werden.

Abg. Morawski (Pole): Die Hausflaverei sollte abgeschafft werden.

Staatssekretär Dr. Solf: Unsere Kolonien sind in tropische und Stedebandskolonien zu teilen. Zu letzteren gehört Südwestafrika. Aber auch den tropischen Kolonien kann die Stedebandsfähigkeit nicht ganz abgesprochen werden. Wenn auch die Küstengebiete von Kamerun und Ostafrika dazu nicht brauchbar sind, so sind doch die Hochplateaus siedlungsfähig durch Erschließung für den Verkehr. Der Meinung des Abg. Morawski gegenüber, daß unser Bevölkerungszuwachs in unseren Kolonien eine zweite Heimat finden kann, ist zu sagen, eine derartige Notwendigkeit zur Abgabe von Menschen liegt nicht vor. (Sehr richtig!) Südwestafrika hat sich allmählich und günstig entwickelt. Die Wassererschließung kann nicht allein von den Farmern geleistet werden. Die Landwirtschaftsamt Südwestafrika wird hierbei den Farmern unter die Arme greifen. Die Selbstverwaltung in dieser Kolonie hat dadurch weitere Fortschritte gemacht, daß wir dem Landbesitzer wichtige Materien der Gesetzgebung des Schutzgebietes überwiehen haben. Bei meiner letzten Inspektionsreise war ich freudig überrascht von dem erfreulichen Aufschwung Ostafrikas auf allen Gebieten, namentlich des Handels. Die Hauptfrage des Landes wird die Erweiterung des Bahnnetzes sein. Die Plantagen für Kautschuk und Kaffee stehen sehr gut. Kamerun, das ich jetzt zum erstenmal gesehen habe, wird bald die bestzählende Kolonie sein. Ein samelles Emporblühen wird entstehen, wenn wir eine Bahn von Norden nach Süden bauen. Ich werde alsbald einen dahingehenden Vorschlag machen. Es ist ein Musterland. (Heiterkeit.) Aber auch hier müssen Bahnen gebaut werden. (Rufe bei den Soz.) Sie (zu den Soz.) werden auch bald den Vorschlag mitmachen. Ob Haupt- oder Nebenbahnen zu bauen sind, läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Für die Fortverwaltung hat besonders Kamerun bei der ständig wachsenden Knappheit des Holzes in ganz Europa große Bedeutung. Auch das spricht dafür, daß wir uns mit dem Gedanken, unsere Kolonien zu verkaufen, nicht ernstlich beschäftigen. (Heiterkeit.) Zur Hebung der Eingeborenenkultur sind Maßnahmen getroffen. Den Plantagenbau der Europäer wird man nicht entbehren können. Er ist für die Eingeborenen vorbildlich. Erst vor wenigen Monaten ist in Ostafrika eine neue Arbeits- und Anmeldeordnung herausgegeben worden. Ein Arbeitszwang wird nicht ausgeübt. Die Arbeitsverhältnisse der Eingeborenen sind im Osten günstiger als in Kamerun. Entdörterung und Wüstbildung haben nichts miteinander zu tun. Die Gouverneure sind angewiesen worden, festzustellen, ob tatsächlich ein Mangel der Eingeborenen statgefunden hat, und welches die Ursachen hierfür sind. Die Verwaltung läßt es sich angelegen sein, die Hausflaverei zu beseitigen. In frühestens zehn Jahren dürfte diese Institution verschwinden sein. Bereits in allen Schutzgebieten besteht die Zollfreiheit für die vom Gottesdienst, zur Krankenpflege und zum Unterricht notwendigen Gegenstände. Der Förderung, den Elementarunterricht unter gewissen Bedingungen völlig den Missionaren zu überlassen, stehe ich sympathisch gegenüber. In Ostafrika und Kamerun aber würden die mosambikanischen Eltern ihre Kinder nicht in die Missionschulen schicken, die selbstverständlich nicht konfessionslos sein können. Der Boden ist groß genug für beide Konfessionen. In der Missionsfrage ist eine wesentliche Besserung zu verzeichnen. Ich möchte Sie bitten, die Debatte über die Arbeiterfrage etwas zu mildern. Ich hoffe, Ihnen im nächsten Jahre einen Bericht vorlegen zu können darüber, was Deutschland den deutschen Kolonien zu verdanken hat. (Beifall.)

Abg. Gente (Soz.): Wir lehnen die Kolonialpolitik, wie Sie sie treiben, ab, bemühen uns aber, für die Kolonien und die Eingeborenen das Beste zu schaffen. Immer wieder treten bei allen die Kolonien betreffenden Maßnahmen die Interessen des Kapitals zu Tage. Insbesondere ist dies der Fall beim Ausbau des Eisenbahnnetzes. Sachverständige haben sich entschieden gegen die Uganda-Bahn ausgesprochen. Die Versorgung der Kolonien mit Aergern ist unzureichend. Eine völlige Auflösung der Plantagenwirtschaft ist zu fordern. Wir können es nicht mitmachen, daß die Eingeborenen ausgebeutet und ausgerottet werden. Deshalb werden wir die jetzige Kolonialpolitik bekämpfen. Die Weiterberatung wird sodann auf Dienstag 3 Uhr vertagt. Vorher kurze Anfragen. Schluß 1/2 Uhr.

Jugendbewegung.

Die Justiz gegen die Arbeiter-Jugend.

Genosse Kasparek aus Halle hatte im April vorigen Jahres in dem Städtchen Vrena bei Halle eine öffentliche Jugendversammlung einberufen und über das Thema: „Die wahren und falschen Freunde der arbeitenden Jugend“ gesprochen. Die Polizei beglückte den Referenten, der die unpolitische Versammlung selbst einberufen und geleitet hatte, mit einem Strafmandat über 20 Mk wegen angeblicher Hebertragung des Reichsvereinsgesetzes. Das Schöffengericht in Bitterfeld und die vom Amtsanwalt angerufene Strafkammer in Halle mußten jedoch auf Freisprechung erkennen, weil beim besten Willen absolut nichts Politisches an der gehaltenen Rede entdeckt werden konnte. Das Oberlandesgericht Neumburg hob auf die Revision des Staatsanwalts das freisprechende Urteil auf und wies es zur anderweitigen Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Die Strafkammer hatte nämlich „festgestellt“, daß der Redner sozialdemokratischer Redakteur sei und als solcher zur Gründung von Jugendvereinen aufgefordert habe. Dadurch war nach Ansicht der Revisionsinstanz der politische Charakter der Versammlung ohne Weiteres gegeben. Dieselben Richter, die vorher ein freisprechendes Urteil gefällt hatten, glaubten nunmehr dem deutlichen Wink des Obergerichts folgen zu müssen und verurteilten den Angeklagten in der zweiten Instanz zu 10 Mk Geldstrafe. Nunmehr legte Genosse Kasparek wieder Revision ein, da die „Feststellungen“ zu einer Verurteilung niemals führen konnten. Hierauf hatte sich auch das Oberlandesgericht zum zweiten Male mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Und derselbe Strafsenat, der vorher das freisprechende Urteil der Strafkammer aufgehoben hatte, hob auch jetzt wieder das verurteilende Erkenntnis des Vorderrichters auf und erkannte sofort auf Freisprechung mit der Begründung, daß sich das Revisionsgericht den Revisionsausführungen des Angeklagten habe voll anschließen müssen. — Fünf Gerichtsverhandlungen wurden inszeniert und Berge von Akten angelegt, weil Polizei, Richter und Staatsanwälte der Meinung sind, in unseren Jugendversammlungen würde ebenso wie in den natürlich unbehelligten bürgerlichen Jugendvereinen Politik getrieben. Umso energischer muß der Ruf ertönen: Einweg mit dem Politikparagrafen aus dem Vereinsgesetz!

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer. Sitzung vom 4. März.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit kam die Berufungsinstanz des Schöffengerichts S. G. aus Jurtzungen zur Verhandlung, der dem Schöffengericht Karstadt wegen Verletzung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Berufung wurde verworfen. — Ein Rubeufreud, der beinahe einem Menschen das Leben gelöst hätte, hatte heute ein gerichtliches Nachspiel vor der hiesigen Strafkammer. Am Abend des 16. November v. J. ging der Schuhmacherlehrling G. G. aus Gbrüchen mit einigen Kameraden auf der Straße von Gbrüchen nach dem Katharinenhof Hof spazieren. Dabei wurden sie von zwei des Wegs kommenden betrunkenen Knechten, dem Heinrich Gärtner und dessen Freund angerempelt. Es fielen dann Schimpfworte hinüber und herüber und plötzlich zog G. ein Revolver aus der Tasche, das er schon den ganzen Tag, geladen mit sich herumgetragen hatte, und schoß auf den Gärtner. Dieser machte noch einige Schritte und brach dann schwer getroffen zusammen; er hatte einen Schuß in den Magen erhalten und nur durch schnelle Verbringung ins Krankenhaus und sofortige chirurgische Operation gelang es, sein Leben zu retten. Der Rumpf der Werge gelang es ferner, den Verletzten wieder soweit herzustellen, daß er voraussichtlich keinen dauernden Schaden davontragen wird. G. stand heute wegen seines unüberlegten Streiches unter der Auflage der schweren Körperverletzung und des unehrlichen Waffentragens vor der Strafkammer. Das Gericht war der Ansicht, daß eine strenge Strafe an Werge sei und verurteilte den leichtsinnigen Schützen zu 6 Monaten Gefängnis und zehn Tagen Haft. — Die Berufung des Friseurs G. M. in Karstadt, der vom dortigen Schöffengericht wegen Verletzung zu 3 Monate Gefängnis verurteilt wurde, wurde zurückgewiesen. — Ebenso wurde die Berufung der Wirtschafteute G. K. in Karstadt, die vom dortigen Schöffengericht 2 Wochen Gefängnis bezog, 15 Mk. Geldstrafe erhalten hatten, verworfen. — Der Schloffer G. B. in Steinmauern erhielt vom Schöffengericht Karstadt wegen groben Unfugs 5 Mk. Geldstrafe. Auch seine Berufung blieb erfolglos.

Ein Vielfeiger. Die Strafkammer in Konstanz verurteilte den 30jährigen Kaufmann Bruno Grau wegen fortgesetzten Betrugs und Erpressung, sowie wegen schwerer Körperverletzung und Weibhülfe zur verurteilten Abtreibung zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Kirchenräuber. Vor der Strafkammer in Rossbach hatte sich der Kirchenräuber der Tagelöhner Valentin Fedel aus Osterried wegen mehrfachen schweren Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte hatte in Schlierbad, dann in Leibelberg-Neuenheim und in Heidelberg selbst mit dem Stallener Freisch, der bekanntlich entkommen ist, mehrere Kirchen-einbrüche unternommen und wertvolle Gegenstände gestohlen. Auch in Redargerod wurde eine Kirche von dem Einbrecher heimgeführt. Der Angeklagte war gefänglich und wurde zu 6 Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Baden-Badener Erpresser. Vor dem Pariser Justizpolizeigericht begann am Donnerstag der Prozeß gegen die Gebrüder Chevalard, die gegenwärtig von dem Straßburger Gerichtshof verfolgt werden, weil sie von einer amerikanischen Dame in Baden-Baden 200 000 Mk. erpreßt haben. Das Justizpolizeigericht beschloß, den Prozeß zu vertagen, bis das Straßburger Gericht sein Urteil gefällt habe.

Frauen heraus!

Am Mittwoch abend 8 1/2 Uhr spricht Frau Dr. Gradnauer-Dresden im kleinen Saal der Festhalle in Karlsruhe über „Frau u. Politik“.

Genossinnen! Agitiert für einen Massenbesuch! Tretet ein für eure Rechte! Die Versammlung muß zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Gleichberechtigung der Frau werden.

Aus der Partei.

Bildungsvesen der Partei. Eine von Vertretern des ganzen Landes besuchte Konferenz, die sich in der Hauptsache mit Fragen der praktischen Bildungsarbeit beschäftigte, tagte am 8. d. M. in Karlsruhe unter dem Vorsitz eines Mitgliedes vom Landesvorstand. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden einem großzügigen instruktiven Vortrag des Leiters unserer Bildungszentrale, Gen. S. Schulz, M. d. N., Berlin. In sehr verständlicher Weise und an Hand von reichhaltigem Material aus der Praxis kennzeichnete der Vortragende unsere grundsätzliche Stellung zur Bildungsarbeit und den Unterschied zwischen Volks- und Arbeiterbildung. Reichen Beifall lohnte den Redner für seine lehrreichen Ausführungen. In der sich an den Vortrag anschließenden, mit großem Verständnis für dieses Gebiet der praktischen Betätigung gefüllten Debatte wurden noch eine Reihe sehr beachtenswerter Wünsche und Anregungen gegeben. Die vorliegenden Anträge fanden einstimmige Annahme. Mit Worten des Dankes an den Genossen Schulz und unter dem Ausdruck großer Befriedigung über den wirkungsvollen und anregenden Verlauf schloß der Vorsitzende die Verhandlungen.

al. Gorchheim, 8. März. Als Einleitung zur „roten Woche“ hielt die hiesige sozialdemokratische Partei heute hier eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Gen. Schübelin aus Korbach über „Lebensfragen des deutschen Volkes“ sprach. In eingehender Weise schilderte er die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse. An der Hand von umfangreichem Material wies er nach, wie gerade die bürgerlichen Parteien unter dem lebhaftesten Widerspruch der sozialdemokratischen Vertreter in den verschiedenen Parlamenten es verstanden haben, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern und die politische Entwicklung in freibürgerlichem Sinne hintanzuhalten. Aber trotz der verschiedenen Gesetze zur Unterdrückung der Sozialdemokratie sei die sozialdemokratische Partei gewachsen und heute so stark, daß sie die weitgrößte Partei in Deutschland ist. Noch seien wir aber nicht so stark, um die Verhältnisse, die die Junterherrschaft in Deutschland aufgerichtet hat, allein zu erschüttern. Eine Etappe weiter auf diesem Weg bilde die vom Parteivorstand angeregte „rote Woche“. Hier sei es Pflicht jedes einzelnen aufgeklärten Arbeiters, für die Partei sowie die Presse zu agitieren. Nur wenn sich der einzelne mit dieser Agitation befaßt, wird es ermöglicht, das zu erreichen, was wir erstreben: anstelle der kapitalistischen die sozialistische Gesellschaftsordnung zu setzen. Reicher Beifall folgte diesen Ausführungen. Im Anschluß daran fand eine Diskussion ein, in der ausnahmslos dem Referenten beipflichtet wurde. Die einstweilige Agitation ergab die Gewinnung von 10 Parteimitgliedern.

Für die Agitation des „Volksfreund“ wird im Laufe dieser Woche Sorge getragen. Für jeden Abend sind eine Anzahl Genossen zur Verbreitung des „Volksfreund“ bestimmt und hoffen wir, am Schluß der „roten Woche“ auch einen, wenn auch kleineren Beitrag zur Vergrößerung unserer Partei, geliefert zu haben.

Gaggenau, 9. März. Am 8. März fand hier eine sehr gut besuchte Frauenversammlung statt. Nach kurzer Einleitung der Genossin Pantel ergriff Genossin Hoffmann aus Mannheim das Wort und behandelte in einem sehr guten und leichtverständlichen Vortrag die Lebensfragen des Volkes. Die Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt. Genossin Küttner forderte zum Schluß mit kräftigen Worten auf, der einzigen Partei, die des Volkes Rechte erkämpft, der Sozialdemokratie, beizutreten. Mehrere Neuaufnahmen waren der Erfolg der Versammlung.

Aus dem Lande.

Durlach. — Der Voranschlag. Nach uns von zuverlässiger Seite gedonnener Mitteilung schließt der vom Gemeinderat berathene und festgestellte Voranschlag für 1914 mit einer Gesamtausgabe von 861.800 M. ab gegen 821.500 M. im Voranschlag 1913. Trotz der rund um 40.000 M. erhöhten Mehrausgabe gegen das Vorjahr war es möglich, den Umlagefuß von 32 Pf. auch in diesem Jahr beizubehalten; dazu konnte noch der Betriebsfonds um 2000 M. erhöht werden. Den vermehrten Ausgaben stehen erhöhte Einnahmen infolgedessen gegenüber, als die laufenden Wirtschaftseinnahmen einschließlich dem verfügbaren Kasenvorrat und Wirtschaftsguthaben gegen das Vorjahr ein Mehr von rund 16.000 M. ergeben. Des weiteren haben die Steuerkapitalien der Stadt eine Erhöhung von rund 7 Millionen erfahren, was ein Umlagemehr von 24.000 M. abwirft. Jedenfalls wird es in der Einwohnerschaft freudig begrüßt werden, daß eine Umlageerhöhung trotz der vielen und großen Unternehmungen der Stadt nicht nötig fiel.

— Unfälle. Kaum ist der Betrieb der Elektrischen auf der Stadtkreide eröffnet, stellen sich auch die Unfälle ein. Am Donnerstag vormittag stürzte ein junger Mann beim Aufspringen auf einen in Bewegung sich befindlichen Wagen ab und verletzte sich erheblich. Am Freitag nachmittag stieß ein mit jungen Leuten aus Grädingen besetzter Wagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen, glücklicherweise ohne ernstere Schäden für beide Teile, und am Freitag abend legte sich ein 28jähriger lediger Arbeiter in selbstmörderischer Absicht auf die Schienen. Er mußte durch Schenkleute mit Gewalt entfernt und in den Ortsarrest verbracht werden, um ihn vor sich selbst zu schützen.

— Schwere Messerstecherei. Freitag nacht 1 Uhr wurden auf der Hauptstraße beim Zentral-Automat bei einer Schlägerei die Fabrikarbeiter Billy Eberichwein und Karl Wilhelm von den Tagelöhnern Georg Schmidt und Friedrich Richter, sämtliche hier wohnhaft, mit Messern gestochen, und zwar erhielt Eberichwein einen 5 Zentimeter tiefen Stich unter dem linken Arm und Wilhelm einen 2 Zentimeter tiefen Stich in den Rücken. Die Täter wurden von der Schutzmannschaft festgenommen.

Bruchsal.

— Eine gut besuchte Frauenversammlung fand Sonntag abend im Gasthaus zur „Fals“ statt. Eine stattliche Zahl von Frauen war der Aufforderung der sozialdemokratischen Partei nachgekommen und lauschte gespannt den Ausführungen der Genossin Hörnle aus Stuttgart. In vorzüglich ausgegearbeiteter Rede setzte Gen. Hörnle den Frauen auseinander, warum sich auch die Frauen um Politik kümmern müßten. Sie besprach eine große Zahl von Frauenfragen. Reicher Beifall wurde der Rednerin zuteil. An der daran anschließenden Dis-

kussion beteiligte sich Gen. Girolla. Derselbe ermunterte die Anwesenden, die bevorstehende Woche recht tüchtig auszunützen und neue Kämpfer für die sozialistischen Ideale zu gewinnen. Eine Anzahl neuer Mitglieder und Abonnenten auf den „Volksfreund“ ward das Ergebnis der Versammlung. Mit einem Appell an die Anwesenden, die rote Woche im Sinne des Parteivorstandes auszunützen, schloß der Vorsitzende Genosse Decker die Versammlung.

* **Aleritale Jugendberziehung.** Am Sonntag vor acht Tagen veranstaltete der Jugendverein der Innenstadt Bruchsal ein „Geländespiel“. Nach dem „Bruchsaler Bolen“ besetzte man in zwei Abteilungen den Hater Wald. Zweimal wurde das Kriegsspiel verjagt, eine Kriegsgrube sollte gestürmt werden, was den Stürmern aber nicht gelang. Der Friede wurde erst in Fort im Gasthaus zur „Rose“ geschlossen, bei Wurst und Bier. Ob der Kreuzbündnis-Verein die Friedensunterhandlungen geführt hat, steht nicht dabei. So sieht also die „christliche“ Jugendberziehung aus. Unter dem Kommando eines Gefaltens im Herrn werden die Jungen zum Kriegsspiel erzogen; braucht man sich da noch zu wundern, wenn junge Leute zur Fremdenlegion abwandern?

* **Noch eine Verichtigung.** Vom Bürgermeisteramt geht uns folgende Verichtigung zu: Gemäß § 11 Nr. 6. erlauben wir uns Aufnahme folgender Verichtigung des in Nr. 58 Ihrer Zeitung vom 4. März 1904 enthaltenen Artikels „Ist das christlich?“:

1. Es ist nicht wahr, daß sich die betreffende Familie in Bruchsal das Unterstützungsrecht erworben hatte; richtig ist vielmehr, daß die Familie den Unterstützungswohnsitz hier gar nicht erwerben konnte, da sie vom 1. April 1910 ab bis zur Erlassung der Ausweisungsbefehle — 16. Januar 1912 — fast ständig die öffentliche Armenpflege in Anspruch genommen hat, §§ 10 und 14 I. B. G.

2. Es ist nicht richtig, daß die Ausweisung zu Unrecht erfolgt ist; richtig ist dagegen, daß die Voraussetzungen zur Ausweisung nach §§ 31, 32 I. B. G. in Verbindung mit §§ 5 und 7 des Freizügigkeitsgesetzes gegeben waren.

3. Zutreffend ist, daß der Armenrat Mühlhausen i. E. mit Schreiben vom 30. August 1911 Nr. 171b gez. Wagner die Uebernahme der Familie in eigene Fürsorge beantragt hat.

4. Die Ausweisung ist nicht von der Armenverwaltung, sondern von Grohß, Bezirksamt und verügt und von Grohß, Landeskommissar bestätigt worden; nur der Vollzug der Ausweisung oblag der Armenbehörde.

Dr. Meißner. Wir möchten hierzu nur kurz bemerken, daß unserer Meinung nach die Familie unterstützungsberechtigt war, da sie schon vor 1910 eine lange Reihe von Jahren, wie uns versichert wird, in Bruchsal wohnte. Weiter fügten wir uns lediglich auf das Schreiben der Armenbehörde in Mühlhausen, aus dem hervorgeht, daß man dort der selben Auffassung war wie wir. Und schließlich sei betont, daß wir nicht bestritten, daß das Bezirksamt allerdings die Ausweisung verfügt haben mag, daß dasselbe aber doch sicher das nicht von sich aus hat, sondern erst nach Ersuchen oder nach Anfrage bei der Armenverwaltung.

Aus der Stadt.

— Karlsruhe, 10. März.

Zum Streik der Tiefbauarbeiter bei der Firma Dyckerhoff und Widmann in Beierheim und am Fingzippkanal in der Durlacher Allee.

In der Stadt Karlsruhe geht seit einigen Tagen das Gerücht, der Streik sei seitens der Arbeiter frivol vom Baune gebrochen worden, weil die Firma die höchsten Löhne an ihre Arbeiter gezahlt hätte. Diese Behauptung entspricht der Wahrheit nicht, es scheint uns, als wolle die Firma Stimmung für sich machen, denn von keiner anderen Seite sind derartige Behauptungen, die den Tatsachen direkt ins Gesicht schlagen, zu erwarten.

Um aber allen unwahren Behauptungen für die Zukunft die Spitze abzubrechen, sei hier zum wiederholten Male ausdrücklich betont, daß der Streik nur deshalb seitens der Arbeiter beschlossen wurde, weil die Firma weit unter dem mit 10 anderen Firmen schriftlich für das Tiefbauwerk festgelegten Stundenlohn bezahlt hat. Weiter wird in der Öffentlichkeit behauptet, daß der Bauarbeiterverband von der Firma unerfüllbares verlangt hätte. Auch dies entspricht der Wahrheit nicht. Der Deutsche Bauarbeiterverband verlangt für die Tiefbauarbeiter gar nichts anderes, als einen Vertragsabschluss, wie er für 10 Firmen bereits erfolgt ist.

Um aber keinen Zweifel über die Stellung der Firma Dyckerhoff u. Widmann ihren Arbeitern gegenüber aufkommen zu lassen, stellen wir fest, daß diese Firma nicht nur die Löhne der Tiefbauarbeiter herunterdrückt, sondern daß sie es auch noch nicht für notwendig gehalten hat, das ihren Arbeitern im vorigen Jahre schriftlich gegebene Versprechen, die Erfüllung des Schiedsspruches für das Betonbauwerk am 27. Mai 1913 betreffend, zu erfüllen. Am 7. Juni 1913 schrieb die Firma an einzelne ihrer Arbeiter folgenden Brief:

„Nach den vor wenigen Tagen zum Abschluß gekommenen Tarifverhandlungen in Bausach, haben wir auch Veranlassung die Löhne unserer Stammarbeiter entsprechend zu regeln.

Wir sind mit dieser Arbeit zur Zeit beschäftigt und hoffen, in den nächsten Tagen allen unseren Stammarbeitern einen entsprechenden Bescheid zu geben.

Die zu gewöhnlichen Lohnerhöhungen sollen allen unseren Stammarbeitern vom 2. Mai ab nachgezahlt werden.

Wir bitten unsere Stammarbeiter sich eine kurze Frist bis zur Erledigung dieser Fragen zu gebüden.

Achtungsvoll
Dyckerhoff u. Widmann
Aktiengesellschaft
gez. Wöegling, Hinz.

So sieht das Schreiben an die Arbeiter seitens der Firma Dyckerhoff u. Widmann aus. Der Öffentlichkeit sei dazu „verboten“, daß trotz der „schönen Worte“ in dem Brief,

die Nachzahlung ab 2. Mai bis zum heutigen Tage noch nicht erfolgt ist.

Es gibt in Karlsruhe keine andere Firma, die den Arbeitern ihre sauer verdienten Groschen in dieser Weise vorenthält, wie dies bei der Firma Dyckerhoff u. Widmann der Fall ist.

Nach allen diesen Tatsachen hoffen wir, daß alle diejenigen, die in gutem Glauben, jene falschen Gerüchte verbreitet haben, nun davon überzeugt sind, daß die Arbeiter den gegenwärtigen Streik nicht frivol vom Baune gebrochen haben.

Heute früh sind auch einmal wieder 4 Schutzleute im Bezirkamt über der Durlacher Allee gestellt hat. Wir fordern alle Bauarbeiter auf, keine unbedachte Worte fallen zu lassen, weil bekanntlich die Jagd auf Streikjünger intensiver betrieben wird, als dies bei Verbrechern aus den Reihen der oberen Behtausend zu geschehen pflegt.

K a u s e r e i haben sich noch keine gefunden und ist auch zu erwarten, daß trotz der Polizeihilfe die Firma keine solche bekommt.

Bauarbeiter werdet nicht zum Verräter und denkt immer daran, daß der Kampf der Streikenden auch euer Kampf ist.

Parteiversammlung in Rintheim.

Die am Samstag stattgefundene Parteiversammlung hatte 3 Tagesordnungspunkte zu erledigen, Organisation und Agitation, Maifeier und örtliche Angelegenheiten. Zu Punkt 1 hielt Gen. Wörner ein kurzes Referat, es wurde dann der Agitationsplan für die rote Woche zur Gewinnung von Volksfreundabonnenten und Parteimitgliedern festgelegt. Die diesjährige Maifeier, Punkt 2, soll am 1. Mai abends durch eine öffentliche Versammlung unter evtl. Mitwirkung der beiden hiesigen Gesangsvereine im „Schwanensaale“ gefeiert werden. Bei Punkt 3 „Örtliche Angelegenheiten“ gab Stadt. Wörner bekannt, daß am Sonntag eine Konferenz der Vorortvertreter sämtlicher Parteien in Rintheim tagen soll. In der Diskussion wurde von sämtlichen Rednern von einer Beteiligung unserer Vertreter entschieden abgeraten, weil derartige Konferenzen für uns vollständig wertlos seien und wir nur in unserer sozialdem. Fraktion die alleinige, energische Vertreterin der Vororte interessierenden Fragen erblicken können. Es wurde dann einstimmig beschlossen, den Fraktionsvorstand zu beauftragen, derartige Sonderkonferenzen für unsere Vertreter für unzulässig zu erklären. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Parteiengenossen! Die rote Woche hat nun begonnen, jetzt heißt es zu arbeiten. Gerade hier gibt es noch sehr viele Arbeiter, die als Gewerkschaftler in der Werkstätte und hinterm Bierstisch sich gerne als freibeitlich gekannte Männer aufspielen, die in Wirklichkeit aber ihre geistige Kraft aus der arbeitereindlichen „Badiischen Presse“ und dem „Tagblatt“ beziehen. Diese Arbeiter müssen endlich einmal auf das Verwerfliche und Beschämende ihrer Handlungen aufmerksam gemacht werden. Wenn jeder seine Pflicht tut, dann wird auch Rintheim am Ende der roten Woche einen schönen Zuwachs an Parteimitgliedern und Volksfreundelesern zu verzeichnen haben.

Städtische Straßenbahn. Die Linie „5“ Frankenhäuser Hauptbahnhof wird ab 1. April in Richtung Hauptbahnhof über die Nittlingerstraße und zurück die Karlsruherstraße geführt und nicht wie wir kürzlich berichteten hin und zurück über Karlsruherstraße. (Im Inzeratenteil geben wir heute nochmals die Linienführung ab 1. April bekannt.)

Der Verein für Frauenstimmrecht veranstaltet am Freitag, den 13. März im Konfordiaal des „Wohninger“ einen Vortragsabend über das Thema: „Die Frau als Wortmünd und Gemeindeglied“. Referentin Frau Erkelenz-Heidelberg. Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen im Landtag über die Gesetzesvorlagen, zu denen die Frauenvereine durch Petitionen Stellung genommen haben, ist es von großer Wichtigkeit, daß weite Kreise über diese Fragen aufgeklärt werden. Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn ein zahlreiches Publikum zu dem Vortrag erscheinen würde.

Aus der „Ferienkolonie“ entwickeln. In der vorigen Woche haben sich 2 Soldaten des hiesigen Leibregiments von ihrem Trubenteil entfernt. Man fand die Uniformen der beiden nebst Mützen und Säbel auf dem Müllabfuhrplatz bei Gaswerk 2. Wohin sich die Dragomen gewandt haben, weiß man nicht.

Veranstaltungen.

Colosseum. Die Direktion des Colosseum teilt uns mit, daß Sie ab Donnerstag den 12. März bis inkl. Sonntag den 15. März die japanische Tragödin Madama Hanako mit eigenem Ensemble vom Kaiserlichen Hoftheater in Tokio zu einem 4-tägigen Gastspiel verpflichtet hat. Vor dem Auftreten von Madame Hanako, wird ein brillanter Varieté-Teil gegeben werden. Eintrittskarten zu dem Hanako-Gastspiel, sind ab heute im Colosseumbüro vormittags 11—12 1/2 Uhr erhältlich.

* **Festhallkonzert der Feuerwehr- und Bürgerkapelle.** Der Obermusikmeister a. D. Liese hatte für das Sonntag-Nachmittagskonzert in der Festhalle ein ganz vorzügliches Programm aufgestellt, mit dessen Abwicklung er das zahlreich erschienene Publikum aufs Beste unterhielt. Neben der schön und sauber gespielten Ouvertüre zur Oper „Janna“, wie einem schönen Melodienkranz aus der Oper „Stradella“ brachte Herr Liese im ersten Teil des Programms einen fest gehaltenen Marsch, ein amerikanisches Lied „Im Hofgarten“, das sehr melodisch ist, ferner ein Potpourri aus der Oper „Die moderne Eva“ und einen Walzer „Seid mein“. Auch im zweiten Teil wurde mancherlei Abwechslung, Neues und Altes aus unserer Opern- und Operettenliteratur, geboten. Das

An die Mitglieder der Betriebskrankenkasse der Stadt Karlsruhe.

Samstag, den 14. März, abends halb 9 Uhr findet im Saale der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße 18, eine

öffentl. Wähler-Versammlung

für die Mitglieder der städtischen Betriebskrankenkasse mit folgender Tagesordnung statt:

„Die Bedeutung der bevorstehenden Wahl der Vertreter zur städtischen Betriebskrankenkasse.“

Referent: Herr Arbeitersekretär August Gipp.
Zu dieser Versammlung sind die wahlberechtigten Kassenmitglieder freundlichst eingeladen mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen.

Die Filialverwaltung Karlsruhe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Wer noch keine Wahlkarte hat, beschaffe sich sofort eine solche, denn nur mit der Wahlkarte versehen, darf der Wähler seinen Stimmzettel abgeben. D. D.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.
Dienstag, den 10. März 1914, abends 6 Uhr, in der Karlsburg, Akademiestraße 30

Lichtbilder-Vortrag

über:
Die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen.
Eintritt frei!

Wir ersuchen unsere Kollegen zahlreich zu erscheinen. 7778
Die Ortsverwaltung.

Berein für Frauenstimmrecht

Freitag, den 13. März 1914, abends 7/9 Uhr, im Kontorbiennial des „Moninger“

Vortrag

von Frau Erkelenz, Heidelberg:
„Die Frau als Vormund und Gemeindevorstand.“
Gäste willkommen. Eintritt frei.

COLOSSEUM

Waldstr. 16/18. Telefon 1938.

Voranzeige!

Nur 4 Tage! Nur 4 Tage!
ab Donnerstag, 12. März bis inkl. Sonntag, 15. März,
Gastspiel

„Madame Hanako“

mit eigenem Ensemble vom Kaiserlichen Hoftheater in Tokio.
Vorher ein brillanter Variété-Teil.
Eintrittskarten zu dem Hanako-Gastspiel ab heute im Colosseum-Büro, vormittags 11-12 1/2 Uhr erhältlich.

Straßenbahnlinien

ab 1. April 1914.

- Linie 1: „Rheinhafen-Durlach“ bleibt wie bisher bestehen unter Verlängerung durch die Stadt Durlach bis zum Fuße des Turmberges und Anschluß an die Drahtseilbahn. Streckenfarbe weiß; Wagenfolge 5 Minuten.
- Linie 2: „Mühlburg“ (Westendhalle) über Karl-Str. nach Hauptbahnhof und ab Hauptbahnhof über Ettlinger-Str. zum „Schlachthof“ und zurück. Streckenfarbe weiß-rot; Wagenfolge 10 Minuten.
- Linie 3: „Friedhof-Hauptbahnhof“ über Durlacher Tor, Marktplatz, Ettlinger-Str. Streckenfarbe rot; Wagenfolge 10 Minuten.
- Linie 4: „Friedhof-Weiherthum“; Führung wie bisher über Durlacher Tor, Kaiser-Str., Karl-Str.; Streckenfarbe gelb; Wagenfolge 10 Minuten.
- Linie 5: „Krankenhaus-Hauptbahnhof“ in Richtung Hauptbahnhof über Ettlinger-Str. und zurück über Karl-Str. Streckenfarbe grün; Wagenfolge 10 Minuten.
- Linie 6: „Kühler-Krug-Hauptbahnhof“ in Richtung Hauptbahnhof über Karl-Str. und zurück über Ettlinger-Str. Streckenfarbe blau; Wagenfolge 10 Minuten.
- Linie 7: „Kühler-Krug-Hauptbahnhof“ in Richtung Hauptbahnhof über Ettlinger-Str. und zurück über Karl-Str. Streckenfarbe blau-rot; Wagenfolge 10 Minuten.
- Linie 8: „Krankenhaus-Hauptbahnhof“ in Richtung Hauptbahnhof über Karl-Str. und zurück über Ettlinger-Str. Streckenfarbe weiß-grün; Wagenfolge 10 Minuten.
- Linie 9: Neuer Hauptbahnhof-Alt. Bahnhof; Wagenfolge 10 Minuten. Zwischen „Alter Bahnhof“ und Marktplatz“ wird verkehrswise ein Wendelverkehr eingerichtet.

Städtisches Straßenbahnamt:
Busselbaum.

Persil
für
Wollwäsche!
Herbels Bleich Soda

20 Mk.
Einheitspreis

Neu aufgenommen:
Zwei erstklassige Coftbuser Fabrikate,
solide tragfähige Qualitäten, nur neue
Dessins, per Anzug 3.25 Meter Mark
20.- netto
Kasse.
Wilh. Wolf jr.,
Kaiserstr. 82a, Engros-Tuchabteilung
Eingang Lammstrasse.

20 Mk.
Einheitspreis

Eine geschmackvolle Wohnungs-Einrichtung

kaufen Sie leicht, wenn Ihnen vielseitige Auswahl erstklassiger Qualitäts-Möbel, außerordentlich niedrige Preisberechnung u. sachgemäße ehrliche Beratung zur Verfügung stehen. Alles dies finden Sie in hervorragendem Maße in der

Möbel-Ausstellung D. Reiss, Karlsruhe i. B.

Fernpredier 1522
Kronenstr. 37/39.
Ich habe einige Schlaf- und Speisezimmer zu reduzierten Preisen abzugeben. 7878

Deutscher Arbeiter- stenographen- Bund

System Arends. — Mitgliedschaft Karlsruhe.
An den Unterrichtskursen, welche am
8. März, mittags 1 Uhr, im alten Schulhaus in Mörser
10. März, abends 7/9 Uhr, in der „Friedrichstr.“ in
Rintheim
11. März, abends 7/9 Uhr, in der „Palme“, Lessingstraße
ihren bestimmten Anfang nehmen. Können noch Anmeldungen entgegen-
genommen werden, und laden wir die verehrliche Arbeiterschaft
hierzu zu zahlreicher Beteiligung freundlichst ein. 7888
Kurs unentgeltlich, Lehrmittel 3 M.
Der Vorstand.

Städtisches Vierordtbad. Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9
bis 11 Uhr und nachmittags 2-7/5 Uhr, mit Ausnahme
Samstags nachmittags. Ferner freitags abends von 6 bis
7/8 Uhr zu ermäßigtem Preis.
Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 8 bis
9 Uhr und 11-2 Uhr, nachmittags 7/8-8 Uhr, freitags
nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags
11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags 8-12 Uhr.
14 „Auch über Mittag geöffnet“.

Fröbel-Seminar für Kindergärtnerinnen und Jugend- leiterinnen mit Abschlussprüfung un. staatlicher Leitung Karlsruhe, Vorholzstraße 44.

Die Anstalt wird im April ds. Js. neu eröffnet und bietet
jungem Mädchen Gelegenheit zur theoretischen und praktischen Aus-
bildung zu folgenden Berufsstellungen auf dem Gebiete der
Erziehungstätigkeit:

- als Kindergärtnerinnen nur in Familien Kurs I
(1 jährig); Voraussetzung: 8 jähriger Schulbesuch,
vollendetes 15. Lebensjahr;
- als Kindergärtnerinnen an Kindergärten (bezw.
Leiterinnen kleinerer Kindergärten) Kurs II (1 1/2 jährig)
Voraussetzung: Abgangszugnis einer 10 klässigen
höheren Mädchenschule, vollendetes 16. Lebensjahr;
- als Jugendleiterinnen (bezw. Vorsteherinnen von
Kinderheimen, Jugendhorten, größeren Kindergärten
und ähnlichen der Jugendberziehung dienenden An-
stalten) Kurs III (1 jährig); Voraussetzung: Zeugnis
als Kindergärtnerin, vollendetes 19. Lebensjahr.

Bei Kurs II und III Schlussprüfung und Zeugnis unter
Mitwirkung eines Kommissärs des Großh. Ministeriums des
Kultus und Unterrichts.

Anfragen und Anmeldungen sind möglichst bald u. spätestens
bis zum 31. März an den Bad. Frauenverein, Wt. II, Karls-
ruhe (B.), Gartenstr. 49, zu richten, wofür auch Prospekte
zu erhalten sind. 7774

Bad. Frauenverein Abteilung II.

Frauen!
„Femina-Tee“, rein bernhardiner-
kraut, bester gynkol. Frauentee, à 50 Pfg.
Drog. D. Mayer, Wilhelmstr. 20
Strauss-Drogerie in Mühlburg.

Heberzieher färbt à 3.— M
Herren-Anzüge à 3.50 M
Damenkleider à 3.— M
Färberei Firnrohr
Kaiserstraße 28. 7803

**4 1/2 % Anleihe
der Stadt Mannheim.**
Erlangung v. 1919 ab in 37 Jahren.
Ausgabekurs 101.30 %
Zeichnungen hierauf nimmt
entgegen 7779

Carl Götz,
Bankgeschäft
Karlsruhe, Debelstraße 11.
Wechselstube für fremdländ.
Geldsorten, Einlösung von
Coupons und Treffer. Aus-
zahlungen und Passaggeber-
mittlung nach Amerika und
allen andern Ländern.

Ernst Marx
Luisenstraße 45
Fernruf 3086

empfehlen sein großes
Lager in Herden, Oesen,
Grubedöfen, Gasherden,
Küchen- und Haushal-
tungsarbeiten, Lampen
für Gas und Petroleum und
deren Ersatzteile, Glas,
Porzellan, Steingut etc.
Billige Preise! 7878
Reelle Bedienung!
Teilzahlung gestattet!

Schuhreparaturen werden
billigst in sauberster Ausführung u. bestem
Material ausgef. Elek. Betrieb.
S. Löbel, Körnerstr. 22. 7881

Größere Posten bessere
**Herrenkleider-
stoff-Reste**
sind enorm billig abgegeben
Kaiserstr. 133
1 Treppe hoch 7289
Ede Kaiser- und Kreuzstraße,
Eingang bei der kleinen Straße.

Bucherer

empfehlen
Rollmöpfe
**Bismarck-
heringe**
20
3 Stück 20 Pfg.

**Gelee-
heringe**
10
Stück 10 Pfg.

**Holländer
Voll-
heringe**
20
3 Stück 20 Pfg.

Bucherer

in sämtl. Filialen.
Möbl. Zimmer, Südseite,
gesucht. Gest. Off. u. 100 an
die Exped. d. Blattes.
Winterstr. 44a, Stb. 3. Et.
links ist ein möbl. Zimmer
zu vermieten.



Soldaten putzen vorm Apell
Mil-Erdal-Crème die Stiefel schnell

Der Einfender von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganzen
Satz von 25 ABC-Künstlermarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.